ABC Nachrichten

ARBEITSKREIS BEKENNENDER CHRISTEN IN BAYERN

2013.3

- *EKD Familienpapier: Desorientierung statt Orientierung* Seite 4
- *„Wir als Protestanten müssen miteinander streiten" – Gespräch mit Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm* Seite 8
- *„Glaubensreformen", die Glauben zerstören* Seite 15
- *Ein Imam auf der Kanzel* Seite 17
- *Interreligiös von Gott sprechen – eine Debatte* Seite 22
- *Bericht von der Frühjahrstagung der Landessynode* Seite 29
- *Kompromiss und Verhängnis – Rückblick auf 24 Jahre in der Synode* Seite 32
- *Wie politisch kann, wie politisch muss Kirche sein?* Seite 37
- *„Öffentliche Theologie" und Auftrag der Kirche* Seite 44
- *Warum ich die Initiative „EINER VON UNS" unterstütze* Seite 48
- ***Termine:** Marsch für das Leben / Missio 2013* Seite 49
- *Aktuelles aus dem ABC / ABC-Freundeskreis* Seite 51
- *Geistliches Wort / Impressum* Seite 52

Liebe Leser!

Als in unserer Landeskirche und in der EKD über das Thema der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften im Pfarrhaus gestritten wurde, meinten manche, auch unter unseren Freunden: Das sei doch nun wirklich nicht das wichtigste Thema in unserer Kirche. Richtig. An sich ist das Thema Homosexualität es nicht wert, dass wir uns darüber die Köpfe heiß reden. Es gehört aus meiner Sicht zunächst einmal in den Bereich der persönlichen Seelsorge. Allerdings: Bei den entsprechenden Diskussionen wurden zwei zentrale Fragen berührt, die weit über das Thema Homosexualität von Bedeutung sind: die Frage nach dem Verständnis der Bibel und die Frage, ob die Ehe von Mann und Frau eine Schöpfungsordnung ist.

Nicht jeder wollte das damals verstehen. Doch nach der Vorstellung des EKD-Papiers zum Thema Familie Mitte Juni zeigt sich, wie aktuell und brisant eben diese beiden Fragen sind. Es geht weit über die Problematik hinaus, dass hier von der EKD ein Papier veröffentlicht wurde, das seine theologische Dürftigkeit durch umso mehr Gewissheit in politischen Fragen auszugleichen versucht – wobei die Autorinnen sich noch nicht einmal die Mühe geben, ihre parteipolitische Ausrichtung zu verheimlichen. Es geht auch weit über die Frage, welche Diskussionskultur wir in der Kirche pflegen, wenn den Kritikern des Papiers vorgeworfen wird, sie seien „Klageweiber", die „den Verfall der Heiligen Familie bejammern" und von „Verlustangst" geprägt seien. Entscheidend ist vielmehr, dass das Papier die normativen Aussagen der Bibel zugunsten einer reinen Beschreibung „biblischer Bilder" unter den Tisch fallen lässt. Aus einer problematischen Beziehung wie der von Abraham, Sarah und Hagar wird eine „Patchwork-Konstellation"; über Maria und Martha erfahren wir, dass sie als zusammenlebende Geschwister in einer „familialen Beziehung" lebten – ob sie das selbst auch so sahen?

Nichts gegen eine Kontextualisierung der biblischen Texte. Aber hier werden nicht biblische Texte in die heutige Zeit gesprochen, vielmehr werden Zeitgeist-Ideologien den biblischen Texten übergestülpt. Ein ABC-Mitglied schreibt es so: „Die Gebundenheit der Kirche an das in der Heiligen Schrift offenbarte Wort Gottes wird ersetzt durch das Gebundensein an eine politische Ideologie, deren Logik durch den absoluten Wahrheitsanspruch diejenige Aggressivität zeigt, aus der sich die Diktaturen in Europa im vergangenen Jahrhundert entwickelt haben."

Und ich fürchte: Das Ganze war kein „Ausrutscher", kein Versehen. Zwar hat der EKD-Rat inzwischen angekündigt, die „Debatte um Ehe und Familie" weiterzuführen, zwar haben auch einige prominente Kirchenführer nach dem öffentlichen Aufschrei Mängel an dem Papier eingeräumt, doch das dahinter liegende Bibelverständnis zeigt sich auch in den jüngeren Stellungnahmen. So wenn der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider in einem Interview sagt: „In der Bibel finden wir Gottes Wort nur in Gestalt von Menschenworten. Wir müssen heute also hermeneutisch unterscheiden, was ist die zeitgebundene Kultur, in die sich die Heilige Schrift mit Gottes Offenbarung einbringt, und wo ist Gottes Offenbarung immer mehr als die zeitgebundene kulturelle Form. Diese Unterscheidung lässt sich nicht eindeutig treffen – darum gibt es ja unterschiedliche Konfessionen und darum gibt es jetzt diesen Streit um das Familienpapier. Wir haben die Aufgabe, die heutige kulturelle Form mit Gottes ewiger Offenbarung zu verbinden, und diese Offenbarung zeigt sich für mich in Liebe, Treue, Verlässlichkeit. Es geht ihr um die Werte. Sie sind der Kern."

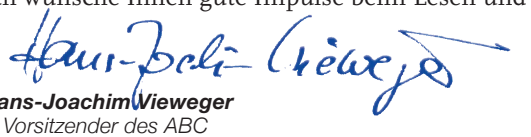
Hier wird der Subjektivität Tor und Tür geöffnet: Es droht die Gefahr, dass der biblische Text unseren Vorstellungen untergeordnet wird, anstatt dass wir uns „unter die Bibel" stellen. Dass es (auch) um Werte wie diese geht, ist unbestritten. Aber lässt sich mit Schneiders Methode aus der schöpfungsgemäßen Polarität von Mann und Frau eine allgemeine „Angewiesenheit auf ein Gegenüber" machen, wie dies im EKD-Papier geschieht? Was ist da „Offenbarung", was „zeitgebundene Kultur"? Oder wenn von biblischen Stellen die Rede ist, die von „zärtlichen Beziehungen zwischen Männern" sprechen (übrigens ohne dafür einen Beleg zu nennen), und die dann zur Relativierung der biblischen Aussagen über praktizierte Homosexualität als Sünde herhalten müssen? All das mündet in der kategorischen Aussage: „Heute wissen wir: Ein Verständnis der bürgerlichen Ehe als „göttlicher Stiftung" und der vorfindlichen Geschlechter-Hierarchie als Schöpfungsordnung entspricht weder der Breite biblischer Tradition noch dem befreienden Handeln Jesu, wie es die Evangelien zeigen." Hier muss – um mit Präses Michael Diener vom Gnadauer Verband zu sprechen – die Frage erlaubt sein, „wie viel hermeneutischer und theologischer Einseitigkeit es eigentlich bedarf, um wegzudeuten, dass in der gesamten biblischen Überlieferung die Polarität der Beziehung von Mann und Frau als schöpfungsgemäß und konstitutiv betrachtet wird?"

Vielleicht liegt hinter dieser Debatte ein tiefer liegendes Problem: Der Mensch ist nicht bereit, sich als Geschöpf Gottes zu sehen, weil er weiß, dass er Gott dann Rechenschaft schuldig ist. Stattdessen will er sich selbst konstruieren – wie das übrigens von Gender-Ideologen wie Judith Butler propagiert wird. **An die Stelle traditioneller Ordnungen, die als „bürgerliche" Ehe verschmäht werden, treten neue soziale Konstruktionen des autonomen Menschen, der sich zwar auf andere angewiesen weiß (wenn auch vielleicht nur zeitweise), der aber das zentrale Angewiesen-Sein auf Gott ablehnt.** Das ist freilich nichts anderes als das, was die Bibel Sünde nennt.

In diesem Zusammenhang eine kleine Begebenheit: Am Rand des „Christopher Street Day" in München stand ein Mann mit dem Schild „Jesus liebt dich". Er predigte nicht, sprach also auch nicht über Sünde, sondern stand einfach nur da. Dennoch wurde er von Teilnehmern der Homosexuellen-Parade angepöbelt, lächerlich gemacht und beleidigt. Warum? Warum stört der Hinweis auf die Liebe Jesu, die doch jedem gilt? Wer nicht an Gott glaubt, dem kann ein solcher Hinweis doch egal sein, oder? Ich vermute, es liegt daran, dass bereits der Name Jesus Christus uns an unsere Verantwortung gegenüber Gott erinnert. Dass er uns daran erinnert, dass da ein Gott ist, der einen Anspruch auf unser Leben hat. Doch das reibt sich mit dem Anspruch, unser Leben so zu leben, wie wir es für richtig halten.

Dem aber ist mit den Worten von Papst Benedikt XVI. entgegenzuhalten: „Wir denken, wir seien erst frei und wahrhaft wir selber, wenn wir nur noch dem eigenen Willen folgen. Gott erscheint als Gegensatz unserer Freiheit. Von ihm müssen wir uns befreien, so denken wir: Dann erst seien wir frei. Dies ist die grundlegende Rebellion, die die Geschichte durchzieht und die grundliegende Lüge, die unser Leben verfälscht. Wenn der Mensch gegen Gott steht, steht er gegen seine Wahrheit und wird daher nicht frei, sondern entfremdet. **Frei sind wir erst, wenn wir in unserer Wahrheit sind, wenn wir eins mit Gott sind.**"

Ich wünsche Ihnen gute Impulse beim Lesen und Gottes Segen!



Hans-Joachim Vieweger
2. Vorsitzender des ABC

„Rätsel": *Welcher Text stammt aus dem EKD-Familienpapier, welcher aus dem SPD-Wahlprogramm und welcher aus dem Programm der Grünen zur bayerischen Landtagswahl?*

Text 1: „Familie entsteht dort, wo Menschen verbindlich und dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen: In Partnerschaften mit und ohne Trauschein, in Patchwork- und Regenbogenfamilien, bei Alleinerziehenden, bei Adoptiv- oder Pflegeeltern, bei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und Paaren und natürlich überall dort, wo Kinder sind. Unser Familienbegriff ist vielfältig, so wie unsere Gesellschaft."

Text 2: „Familie (ist) überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Dazu gehören Paare – ob mit oder ohne Kinder und Trauschein – ebenso wie Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien sowie Großeltern und Menschen, die für ihre pflegebedürftigen Eltern sorgen."

Text 3: „Familie – das sind nach wie vor Eltern (ein Elternteil oder zwei) mit ihren leiblichen, Adoptiv- oder Pflegekindern, vielleicht erweitert um die Großelterngeneration. Familie, das sind aber auch die so genannten Patchwork-Familien, die durch Scheidung und Wiederverheiratung entstehen, das kinderlose Paar mit der hochaltrigen, pflegebedürftigen Mutter und das gleichgeschlechtliche Paar mit den Kindern aus einer ersten Beziehung."

Die „Lösung" finden Sie auf Seite 51.

EKD-Familienpapier: Desorientierung statt Orientierung:

Es gehe um ein neues Leitbild von Familie. Das machte die stellvertretende Vorsitzende der EKD-Kommission Ute Gerhardt – eine emeritierte Professorin für Frauen- und Geschlechterforschung – bei der Vorstellung des neue EKD-Familienpapiers unmissverständlich deutlich: Ein Leitbild, durch das die Kirche „als wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteur“ zu einem Bündnispartner für eine Politik der Umkehrung politischer Prioritäten“ werde. So wird denn auch nicht weniger gefordert, als „Familie neu zu denken und die neue Vielfalt von privaten Lebensformen unvoreingenommen und zu unterstützen“.

Bezeichnend ist, dass die Kommission ihren ursprünglichen Arbeitsauftrag aus dem Jahr 2009 korrigiert hat. Der lautete nämlich, wie auf der Internet-Seite der Geschäftsführerin der Kommission, Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx, nachzulesen war: „Ehe und Familie stärken – Herausforderungen für die Familienpolitik“. Doch die Ehe fiel einfach weg!

Dass es sich bei dem Papier um einen grundlegenden „Kurswechsel“ handelt, wie Frau Gerhardt betonte, zeigt sich, wenn man ihn mit früheren Papieren vergleicht. Zu Luthers Wort von der Ehe als „weltlich Ding“ hieß es 1997 in der EKD-Schrift „Gabe und persönliche Verantwortung. Zur ethischen Orientierung für das Zusammenleben in Ehe und Familie“: Luther wollte die Ehe mit dieser Bezeichnung keineswegs gering schätzen, sondern ermöglichen, „sie nach weltlichem Recht zu ordnen. Dadurch wird ihr Verständnis als von Gott gebotenem Stand nicht berührt. (...) Als Stand war für Luther die Ehe Gottes Ordnung, Gottes Stiftung und pflichtmäßige Anordnung“. Und auch in einem EKD-Gutachten aus dem Jahr 2009 hieß es noch: „Trotz menschlicher Grenzen spiegelt sich in der Ehe, vor allem wenn sie als intensiv, stetig, fruchtbar und wechselseitig Freiheit schenkend gelebt wird, der Glanz des von Gott verheißenen Heils.“

Im Folgenden drucken wir einige Stellungnahmen und Voten zum EKD-Papier ab.

„Die EKD definiert den Familienbegriff schrift- und bekenntniswidrig um“

Als bekennende Gemeinschaften innerhalb der evangelischen Landeskirchen in Deutschland lehnen wir die Umdefinition des Familienbegriffs, wie er in der neuen „Orientierungshilfe“ der EKD zum Ausdruck kommt, entschieden ab. Im Unterschied zum EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider halten wir an einem normativen Verständnis der Ehe als „Göttliche Stiftung“ fest. Wir weisen Schneiders Behauptung zurück, dass „aus einem evangelischem Eheverständnis (...) heute eine neue Freiheit auch im Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen erwachsen“ könne – „im Umgang mit Geschiedenen genauso wie mit Einelternfamilie oder auch mit gleichgeschlechtlichen Paaren.“ Es ist fatal, dass evangelische Freiheit von maßgeblichen Vertretern der EKD offenbar nicht mehr im ursprünglich reformatorischen Sinn verstanden wird: Denn evangelische Freiheit zeigt sich nicht in Beliebigkeit, sondern in der Bindung an das Wort der Heiligen Schrift.

Daher rufen wir die Aussagen der Bibel in Erinnerung:
Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau. Und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch ... (1. Mose 1, 27f)
Jesus sagt: *„... von Beginn der Schöpfung an hat Gott sie geschaffen als Mann und Frau. Darum wird ein Mann seinen Vater und seine Mutter verlassen und wird an seiner Frau hängen, und die zwei werden ein Fleisch sein. So sind sie nun nicht mehr zwei, sondern ein Fleisch. Was nun Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht scheiden. (Markus 10, 6-9)*

Es ist bezeichnend, dass in der „Orientierungshilfe“ der EKD die Rede von Buße und Vergebung nach dem Zerbruch einer Ehe fehlt. Es ist wohl vom menschlichen Scheitern die Rede, aber es wird nicht deutlich, inwiefern dies auch Sünde vor Gott bedeutet. Es ist höchst bedenklich, dass die Unterscheidung von Segen und Rechtfertigung verloren gegangen scheint (siehe S. 65). Darum fehlt auch die Rede von einem echten Neuanfang aus Gottes Gnade nach einem solchen Zerbruch und der Erfahrung von Scheitern. Dadurch hat die Orientierungshilfe der EKD – gegen ihre eigene Intention – die unglückliche Tendenz, gerade nicht Verlässlichkeit und Treue im christlichen Sinn zu stärken, da diese ohne Vergebung und ohne Gottes Gnade zum unerfüllbaren Gesetz und einem fernen Ideal werden.

Insgesamt liest sich die „Orientierungshilfe“ als engagierter Beitrag zu in der Tat brennenden familienpolitischen Fragen. Dabei benennt sie gesellschaftspolitische Probleme in Deutschland durchaus treffend. Doch abgesehen davon, dass sie nicht über Appelle und Forderungen hinauskommt, deren Umsetzbarkeit teilweise mehr als fraglich erscheint, zahlt sie dabei den zu hohen Preis, alle heute existierenden „Lebensentwürfe“ als prinzipiell gleichberechtigte und gleich gute Formen von Familie zu akzeptieren. Dabei möchte man ausdrücklich keine „Bedrohung oder Zerfall der Familie“ erkennen (S.68) – etwas, das die meisten Gemeindeglieder anders sehen dürften. Doch so blind wird man, wenn man der bekannten Normativität des Faktischen das Wort redet.

Christen sollen bei der Bibel und den reformatorischen Bekenntnissen bleiben und nicht Irrwegen der EKD folgen. Wir bitten die Verantwortlichen in der EKD, ihre „Orientierungshilfe“ – auch in ihrer nochmals einseitigeren öffentlichen Darstellung – zu korrigieren. Wir unterstützen die hierzu vorliegenden Stellungnahmen des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbands, der Konferenz Bekennender Gemeinschaften, der Lebendigen Gemeinde – Christusbewegung Württem-

berg und die Mönchenfreier Erklärung der Sächsischen Bekenntnisinitiative. Zugleich danken wir den Kirchen aus der Ökumene, die am biblischen Bild von Ehe und Familie festhalten und dem „Kurswechsel“ der EKD nicht folgen.

Diese Stellungnahme wurde gemeinsam herausgegeben vom ABC, der Christus Bewegung Baden – Evangelische Vereinigung für Bibel und Bekenntnis, der Evangelischen Sammlung im Rheinland, dem Gemeindehilfsbund, der Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern, in Braunschweig sowie in der evang.-luth. Kirche in Norddeutschland und vom Netzwerk bekennender Christen – Pfalz. ■

„Die kritischen Bemerkungen der Denkschrift zur bürgerlichen Ehe finde ich gegenüber denjenigen, die zu ihren Ehepartnern und ihren Familie stehen und immer gestanden sind, zum Teil herabsetzend.“ Die Arbeitsgruppe, die jene neuen Positionen verfasst hatte, habe „mit großem Bemühen versucht, den Einklang mit der staatlichen Gesetzgebung“ herzustellen, während doch die Argumentation „aus der Heiligen Schrift heraus“ geführt werden müsse.

Regionalbischof ***Hans-Martin Weiss****,*
Regensburg

„Ehe und Familie stehen unter Gottes ausdrücklichem Segen und seinem schützenden Gebot. Mut machen zur Familie heißt Schutz und Förderung der Ehe zwischen Frau und Mann, als einem lebenslangen Versprechen.

„Die verschiedenen Familienformen, die uns heute real begegnen, finden in der biblischen Sicht von Ehe und Familie eine lebensdienliche Orientierung“, so formulierte es die württembergische Landessynode.“

Tabea Dölker*,*
Mitglied im Rat der EKD

„Der EKD-Text beruft sich zustimmend auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aus jüngster Zeit. Aber Karlsruhe produziert keine göttlichen Dekrete, die als hermeneutischer Schlüssel der kirchlichen Lehre dienen könnten.“

Hartmut Löwe*,*
Militärbischof von 1994 - 2003

„Gott hat die Ehe von Anbeginn gewollt. Deshalb spricht die Kirche auch von einer Stiftung Gottes. Auch wenn menschliche Schuld und Sünde die Vollkommenheit der göttlichen Stiftung gebrochen haben, liegen in ihr die Bedingungen für tiefe Erfüllung und Freude. Ich möchte dazu ermutigen, sich gegen heutige Trends in unserer Gesellschaft und auch gegen die Erfahrung des Scheiterns von Ehe auf die Ordnungen Gottes einzulassen und Ehe und Familie zu leben. Es braucht heute Christen, die eine Zustimmung aus der Gesellschaft zu biblisch ausgerichteten Lebensentwürfen nicht mehr erwarten und daher versuchen, sehr bewusst eine kirchliche „Gegenkultur“ zu leben.“

Hans-Jörg Voigt*,*
Bischof der Selbständigen
Evangelisch-Lutherischen Kirche

Besonderes braucht besondere Förderung

Offener Brief zur gesellschaftlichen Bedeutung der Ehe von Frau und Mann.

Ein ökumenisches Netzwerk von Verantwortlichen aus ca. 20 Gemeinschaften, die Ehen und Familien begleiten, hat vor wenigen Wochen einen Offenen Brief an die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel gesandt. Wir drucken ihn in Auszügen ab.

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

(…) Wir beobachten mit großer Sorge die aktuelle Diskussion über die gesellschaftliche Bedeutung der Ehe, aktuell verstärkt durch die Orientierungshilfe der EKD „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit“. Deshalb möchten wir gegenüber den Entscheidungsträgern im politischen und kirchlichen Raum die besondere Bedeutung der Ehe von Frau und Mann für den einzelnen wie für unsere Gesellschaft unterstreichen. (…)

Wir wollen es nicht länger hinnehmen, dass in der politischen Diskussion, in der finanziellen Förderung, in der Forschung fast ausschließlich die Lebensformen von Minderheiten gegenüber der Mehrheit der Ehepaare beachtet werden. In der jüngsten Umsetzung verfassungsgerichtlicher Urteile zur Gleichstellung muss sogar von einer krassen Bevorzugung gesprochen werden, wenn man die immer noch ausstehende Umsetzung entsprechender Urteile von 1998 (zum steuerlichen Existenzminimum von Familien mit Kindern) und 2001 (zur Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Sozialversicherung) damit vergleicht.

In unserer Arbeit mit Jugendlichen und Familien erfahren wir, dass es den tatsächlichen Bedürfnissen der allermeisten Menschen entspricht, sich als Mann und Frau ein Leben lang in Treue zu binden und diese Beziehung zu gestalten. In unserem Land lebt die überwiegende Mehrheit der Ehepaare in immer länger dauernden Ehen. Die liebevolle Partnerschaft von Mann und Frau stellt als biologisch wie biblisch begründete Lebensform die optimalen Bedingungen für Kinder bereit, um zu starken und verantwortungsvollen Persönlichkeiten zu wachsen und heranzureifen. Sie erleben und achten die Verschiedenheit der Geschlechter, deren gemeinsame Würde und einen konstruktiven Umgang miteinander.

Die Probleme von Ehe und Familie stellen diese Lebensform in ihrer einzigartigen Stellung nicht in Frage. Vielmehr sind dadurch die Verantwortlichen unserer Gesellschaft herausgefordert, mehr Hilfen bereitzustellen, um die Beziehungs- und Erziehungskompetenz der Ehepaare zu stärken. Die Förderung von Beratung, besonders auch von Paarberatung, von familiengerechten Bildungsangeboten ist notwendig, denn Ehepaare sind für unsere Zukunft nachhaltigster und unverzichtbarer Garant.

„Wir als Protestanten müssen miteinander streiten“

Gespräch mit Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Das Familienpapier der EKD hat für viele engagierte Kirchenmitglieder das Fass zum Überlaufen gebracht: Spielen theologisch konservative Positionen denn überhaupt keine Rolle mehr? Sind die „Frommen“ in der Kirche überhaupt noch gewünscht? Vor diesem Hintergrund haben wir den bayerischen Landesbischof um ein Interview zu aktuell drängenden Fragen gebeten.

ABC-Nachrichten: Herr Landesbischof, in der EKD-Familienschrift heißt es: „Ein normatives Verständnis der Ehe als ‚göttliche Stiftung‘ ... entspricht nicht der Breite des biblischen Zeugnisses.“ Haben sich Martin Luther und viele evangelische Theologen nach ihm geirrt?

Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm: Zunächst muss man sehr genau fragen, was „Göttliche Stiftung“ oder „Schöpfungsordnung“ heißen, zwei Begriffe, die in der Diskussion eine große Rolle spielen. Wenn unter „Göttlicher Stiftung“ eine rechtlich gesicherte Form verstanden wird, die den Willen von zwei Menschen zum Ausdruck bringt, lebenslang zusammenzuleben, dann – so würde ich sagen – ist es tatsächlich gut biblisch. Wenn aber mit göttlicher Stiftung exklusiv nur die Ehe zwischen Mann und Frau gemeint und alles andere abgewertet wird – und so ist es eben häufig verstanden worden, dann wäre auch ich zurückhaltend mit dieser Formulierung.

ABC: Dennoch sprechen Sie noch vom Leitbild Ehe. Wo ist das Besondere an der Ehe, wenn alles irgendwie gleich ist und nichts abgewertet werden darf?

Bedford-Strohm: Ich mag den Begriff „Leitbild“, weil die besondere Bedeutung dessen, was als Leitbild dient, eben nicht mit der Abwertung von anderem verbunden ist. Leitbild – das heißt für mich, dass die Form der Ehe sich durch die Jahrhunderte bewährt hat, dass sie für uns die Form geworden ist, die lebenslang verbindliches Zusammenleben zwischen Mann und Frau zum Ausdruck bringt. Wenn die normativen Orientierungen, die der Ehe diese Würde geben, nun auf andere Lebensgemeinschaften bezogen werden sollen, dann erfüllt die Ehe genau das, was ich mit dem Begriff Leitbild verbinde, nämlich eine normative Orientierungsfunktion.

EKD-Papier: Wenn alles „Familie“ ist …

ABC: Sie betonen, dass sich die Ehe „bewährt“ habe. Ist das alles? Was ist mit biblischen Worten wie „Es ist nicht gut, dass der Mensch allein sei“ – ein Wort, das ja doch auf Mann und Frau bezogen ist. Solche Worte spielen in dem Familien-Papier praktisch keine Rolle. Es ist vielmehr von „biblischen Bildern“ die Rede, die zusammenhanglos nebeneinander gestellt werden, egal ob es sich um den Ehebruch Davids handelt oder Paulus-Worte zur Ehe. Ergibt sich denn aus der Schrift gar nichts Normatives mehr?

Bedford-Strohm: Es gibt sehr wohl etwas Normatives, das für uns verbindlich ist. Der Begriff Leitbild transportiert genau diese biblischen Normen. Ich denke insbesondere an das Doppelgebot der Liebe, von dem her wir alle anderen Normen lesen müssen. Das stellt uns dann vor die Frage – die in der Tat nicht leicht zu beantworten ist – welche der vielen Normen, die wir in den biblischen Texten finden, für uns heute verbindlich sein können. Nehmen Sie als Beispiel Paulus‘ Wort „Das Weib schweige in der Gemeinde …“, das für uns, so denke ich, heute nicht mehr gültig ist, weil es eine bestimmte kontextuelle Situation zum Ausdruck bringt, die wir heute nicht zugrunde legen können. So besteht für uns die Aufgabe, die uns keiner abnehmen kann, zu prüfen, welche dieser biblischen Normen absolut unverbrüchlich sind.

ABC: Und dann bleibt nicht mehr übrig als die gegenseitige Übernahme von Verantwortung?

Bedford-Strohm: In der Diskussion um das Familienpapier haben manche den Eindruck gewonnen, dass bestimmte Lebensformen – bis hin zu Polygamie – genauso legitim seien wie andere. Oder dass Lebensabschnittspartnerschaften zum Programm erhoben werden. In dem Papier ist vielleicht nicht ausreichend deutlich geworden, dass natürlich nicht alle Lebensformen, die heute gängig sind, unsere Unterstützung verdienen. Aber von einer solchen Auffassung haben sich alle Autoren, mit denen ich gesprochen habe, deutlich abgegrenzt. Sie sollten ja ein Papier nicht über die Ehe, sondern über Familienpolitik schreiben, und haben daher manchen Fragen nicht die Aufmerksamkeit geschenkt, die sie ihnen im Lichte der Diskussion heute schenken würden.

ABC: Einspruch. Der ursprüngliche Auftrag des EKD-Rates war ein Papier zu Ehe und Familie ...

Bedford-Strohm: Nach meinen Informationen sollte die Arbeitsgruppe über Familienpolitik schreiben, deshalb ist der Teil, in dem es um steuerliche und andere politische Fragen geht, auch so umfangreich. Theologische Grundsatzüberlegungen zur Ehe waren daher auch für die Gruppe nicht im Fokus – jedenfalls ist mir das so erläutert worden. Aber unabhängig davon: Die Diskussion hat gezeigt, dass wir jetzt aufzeigen müssen, welche normative Bedeutung die Ehe für uns hat und wie sie sich gegenüber anderen Lebensgemeinschaften theologisch verhält.

ABC: Sie betonen das Wort „lebenslang“. In dem Papier ist dagegen betont worden, dass sich Menschen vor der Ehe lieber schon mal mit einer möglichen Scheidung beschäftigen sollen. Ist das aus Ihrer Sicht sinnvoll?

Bedford-Strohm: Es ging nicht darum, so haben sich verschiedene Autoren geäußert, die Hintertür Scheidung offenzuhalten. Fakt ist aber, dass insbesondere Frauen aufgrund der rechtlichen Veränderungen der jüngsten

Zeit wissen sollten, worauf sie sich einlassen. Das halte ich für vernünftig. Sie sollten zum Beispiel wissen, wie sie rechtlich gestellt sind, wenn eine Ehe scheitert, und nicht erst hinterher merken, dass sie an bestimmten Punkten überhaupt keine Rechte haben. Die Verbindlichkeit der Ehe wird überhaupt nicht eingeschränkt, wenn sich Menschen vorher gründlich über die rechtliche Situation der Ehe informieren.

ABC: Die Aussage passt aber in den ganzen Duktus des Papieres, das sehr stark von dem ausgeht, was ist, wozu natürlich auch die Realität von Scheidungen gehört, aber weniger von dem, was sein soll. Man könnte ja auch mal überlegen, ob es bei der Ehe – ähnlich wie in anderen Lebensbereichen – so etwas wie eine „self-fulfilling-prophecy" gibt: Dass Ehen dann eher gelingen, wenn sie von Anfang an von Zuversicht getragen sind und auch die Kirche ihren Teil dazu beiträgt, und dass sie seltener gelingen, wenn von Anfang an die Sorge mitschwingt, dass es schiefgehen kann – und die Kirche sogar noch sagt: Genau, darüber musst du dir Gedanken machen ...

Bedford-Strohm: Ich würde den gleichen Sachverhalt anders deuten. Es ist tatsächlich so, dass diese Schrift sehr genau beschreiben will, was sich verändert hat. Und daraus Schlüsse zieht. Hier mit Blick auf Änderungen im Scheidungsrecht. Da kann es eben sein, dass Frauen, die in der Ehe ihre Berufstätigkeit aufgegeben haben, im Fall eines Scheiterns – was Gott verhüten möge – vor großen Problemen stehen. So muss man das sehen, nicht als Aufforderung zur Unverbindlichkeit.

Homosexuelle Partnerschaften – theologisch gleichwertig?

ABC: Nehmen wir ein anderes strittiges Thema. Vor nicht allzu langer Zeit war in der EKD Konsens, dass die Bibel keine positive Sicht der Homosexualität kennt. Und jetzt heißt es, „gleichgeschlechtliche Partnerschaften, in denen sich Menschen zu einem verbindlichen und verantwortlichen Miteinander verpflichten, (seien) auch in theologischer Sicht als gleichwertig anzuerkennen." Hat sich die biblische Erkenntnis so schnell verändert, um es einmal polemisch zu sagen?

Bedford-Strohm: Es kommt darauf an, was mit der Formulierung gemeint ist, die Sie aus der Vergangenheit zitiert haben. Dass die Bibel keine positiven Aussagen zur Homosexualität macht, ist nicht zu bestreiten. Es ist aber sehr wohl die Frage, wie man die fünf Stellen, die sich negativ zur Homosexualität äußern, wertet und welche normative Bedeutung man ihnen zumisst. Das ist Gegenstand der Debatte um die Interpretation der Bibel. Heute werden die Stellen, die sich gegen Homosexualität äußern, in den Kontext des gesamten biblischen Zeugnisses, insbesondere des Doppelgebots der Liebe und der Goldenen Regel gestellt, von denen Jesus sagt: „Das ist das Gesetz und die Propheten." Und wenn ich die Goldene Regel anwende, „Alles was ihr wollt, das euch die anderen tun, das tut ihnen auch", komme ich zu ganz anderen Ergebnissen, als wenn ich nur auf die einzelnen Stellen bei Paulus oder im 3. Buch Mose schaue. Von dieser Regel her muss ich mich zuallererst in die Situation des Menschen versetzen, der homosexuell empfindet. Muss die Perspektive der Menschen einnehmen, die vielleicht jahrzehntelang treu miteinander gelebt haben, wunderbare Menschen, die sich in der Kirche, in der Gesellschaft engagieren. Und muss mir dann klarmachen, wie sehr diese Menschen darunter leiden, dass sie moralisch ausgegrenzt werden, obwohl sie keinen anderen Menschen verletzen, keinen anderen schädigen, sondern einfach einander lieben, und das auch lebenslang verbindlich tun möchten. Wenn gesagt wird, „Wir lieben die Sünder, aber nicht die Sünde", wird trotzdem genau der gleiche Ausgrenzungs-Effekt erzielt. Wenn man das zugrunde legt, wenn man sich mit den Geschichten dieser Menschen beschäftigt, dann kommt man zu anderen Schlüssen als wenn man sich ohne Kenntnis echter betroffener Menschen an fünf ausgewählten Bibelstellen orientiert. Und ich sage: Man kommt zu diesen anderen Schlüssen auf zutiefst biblischer Grundlage.

ABC: Wenn Sie das so pointiert sagen, stellt sich mir die Frage: Was ist mit den Christen, die nicht zu dieser Schlussfolgerung kommen: Haben die dann noch Platz in der Kirche? Was ist mit dem Lehrer, der von seinen Kindern an einer evangelischen Schule gefragt wird und dann sagt, wenn ich die Bibel richtig lese, dann ist praktizierte Homosexualität Sünde? Ist das noch möglich?

Bedford-Strohm: Mit dem würde ich ins Gespräch kommen, wie ich es jeden Tag praktiziere. Wobei entscheidend ist, dass die Positionen fair dargestellt werden. Wenn im Unterricht die Position „Homosexualität ist Sünde" als die einzig biblische Version verstanden wird, dann hätte ich in der Tat Probleme. Denn Unterricht an öffentlichen Schulen muss zum eigenen Urteil angesichts unterschiedlicher Meinungen anleiten. Aber generell gilt: Die Ausgrenzung von bestimmten Meinungen ist nicht der richtige Weg, egal in welche Richtung sie geht. Deshalb lautet mein Plädoyer, dass wir aufeinander hören. Ich vertrete mein Verständnis der Bibel, nehme aber zur Kenntnis, dass andere ein anderes Verständnis haben. Selbstverständlich haben diese Menschen einen Platz in der Kirche, genauso wie ich hoffe, einen Platz in der Kirche zu haben. Das ist unser protestantisches Verständnis, dass es nicht eine lehramtliche Position gibt, der gegenüber andere sich ausgegrenzt fühlen müssen – wir als Protestanten müssen miteinander streiten.

ABC: Konkret nachgefragt: Haben Organisationen wie die Offensive Junger Christen (OJC) oder Wüstenstrom einen Platz innerhalb der evangelischen Kirche und ihrer Diakonie? Ihnen wird unter anderem von den Grünen vorgehalten, sie würden Homosexuellen, die unter ihrer Neigung leiden, Therapieangebote machen ...

Bedford-Strohm: Über diese konkreten Projekte weiß ich zu wenig, um dazu eine definitive Aussage zu machen. Aber dass die OJC und andere evangelikale Jugendgruppen einen Platz in unserer Kirche haben, steht für mich außer Frage. Ich hätte vielleicht an dem genannten Punkt Probleme. Aber diese Gruppen bringen eine wichtige Position in unserer Kirche ein, sie machen Lust auf Glauben, sie begeistern Jugendliche für Jesus und die Kirche – das ist alles sehr, sehr wichtig. Insofern würde

ich dieses eine Problem nicht zur Grundlage der Beurteilung der Frage machen, ob diese Gruppen einen Platz in unserer Kirche haben.

Die Bibel – Gottes Wort

ABC: Herr Landesbischof, ist die Bibel für Sie Gottes Wort, ist sie die Urkunde der Offenbarung Gottes?

Bedford-Strohm: Eindeutig, die Bibel ist Gottes Wort. Allerdings heißt das nicht, dass jeder Satz gleichermaßen gewertet werden kann. Vielmehr ist die Bibel für mich darin Gottes Wort, dass sie Zeugnis von Christus gibt. Deswegen ist das alte lutherische Kriterium „Was Christum treibet" für mich zentral für mein Lesen der Bibel. Ich glaube auch, dass die Bibel normative Bedeutung für uns Christen hat. Wenn ich von der biblischen Option für die Armen spreche, bringe ich das ausdrücklich als normative Orientierung in die gesellschaftliche Debatte ein, nicht nur als persönliche Präferenz. Oder denken Sie an die Gottebenbildlichkeit, die dem Menschen seine Würde verleiht, dass wir andere nie nur als Mittel zum Zweck benutzen dürfen – das sind alles klare normative Orientierungen, die ich in der Bibel verwurzelt sehe. Insofern ist für mich nicht die Frage, ob in der Bibel normative Orientierung steckt, sondern die Frage ist, welche normative Orientierung wir aus der Bibel gewinnen. Und das sind sicher nicht einzelne aus dem Zusammenhang gerissene Sätze, die stark historisch kontextuell bedingt sind, sondern das sind zentrale Grundorientierungen.

*Bei seiner ersten Synode als Landesbischof bekam **Heinrich Bedford-Strohm** von den ABC-Vorständen Martin Pflaumer und Hans-Joachim Vieweger eine Lutherrose aus Schokolade als Geschenk.*

Jesus – nur ein Vorbild?

ABC: Beim Lesen Ihrer Texte kommt es mir manchmal so vor, als gehe es Ihnen weniger um Jesus Christus selbst, als um die ethischen Orientierungen, die uns Jesus mitgibt. Wird Jesus dadurch nicht zu einem reinen Vorbild-Christus, während die Glaubensbeziehung vernachlässig wird?

Bedford-Strohm: Überhaupt nicht. Sie beziehen sich wahrscheinlich auf meine sozialethischen Texte, aber das ist doch nicht alles, was ich sage – lesen Sie meine Predigten oder das Buch, das ich zum Thema Auferstehung und Jüngstes Gericht herausgegeben habe. Da geht es ganz zentral um die Person Jesus Christus. Wenn Menschen sagen, Jesus war ein Vorbild, ein Prophet, der eindrucksvoll gesprochen hat, dann würde ich wie Paulus sagen, dass damit das Entscheidende verfehlt wird. Ich hätte keine Hoffnung für die Zukunft, wenn ich nicht fest an die Auferstehung Jesu Christi glauben würde. Christus ist am Kreuz mit dem Schrei „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen" gestorben. Mit einem rein jesuanischen Gottesbild wäre er ein gescheiterter Idealist gewesen. Aber er ist auferstanden, und er lebt. Und das sagen zu können, ist der Grund meiner Hoffnung für die Zukunft.

ABC: Genau solche Glaubensaussagen werden aber prominent bestritten, so von Professor Klaus-Peter Jörns und dem früheren Bonner Superintendenten Burkhard Müller. Und just die beiden haben in drei jüngeren Ausgaben der vom Landeskirchenrat herausgegebenen „Nachrichten" publiziert. Da fragen sich natürlich viele: Ist das jetzt der neue Trend, ist das die Position der Landeskirche?

Bedford-Strohm: Ganz bestimmt nicht. Ich habe mit Klaus-Peter Jörns schon vor meiner Bischofszeit ein engagiertes Streitgespräch geführt. Allerdings ist die Frage zu stellen, wie man mit theologischen Positionen umgeht, die bestimmtes Traditionsgut für veraltet halten. Ich gehe damit diskursiv um, nicht so, dass ich das als nicht rechtgläubig bezeichne, das aus der Kirche entfernt werden muss. Wir müssen darüber streiten, zumal dieses Verständnis von Jesus sehr breit verankert ist, auch in unserer Kirche. Deswegen sehe ich Positionen wie die von Jörns oder Müller eher als Einladung, die tiefgehende Verwurzelung unserer Christologie plausibler zu machen. Deutlich zu machen, dass wir zum Beispiel die Sühnopferlehre nicht wegen in der Tat problematischer Interpretationen (wie: Gott hat seinen Sohn ermordet) ad acta legen können. Dass Beiträge von Jörns und Müller in den „Nachrichten" erschienen sind, heißt nicht, dass sich der Landeskirchenrat diese Positionen zu eigen machen würde; die „Nachrichten" sind kein Verlautbarungsorgan des Landeskirchenrats, sondern wollen auch theologische Diskussionen anstoßen.

ABC: In einer BR-Sendung zum Karfreitag sagte eine Pfarrerin „Manchmal hab ich das Gefühl, viele meiner Gemeindeglieder sind frömmer als ich, und ich kann als Pfarrerin nicht alles hinterfragen und sagen, ich hab jetzt ganz viel studiert – ich wär manchmal gern ein wenig atheistischer, aber das kann ich als Pfarrerin nicht sein. Ich hab's nie begriffen, das blieb mir immer sehr, sehr fremd, dass ich da den Leib Christi esse, sein Blut trinke, dass er sich aufgeopfert hat für mich und ich davon was habe." Zeigt das nicht, wie sehr das Denken vieler Pfarrer und das Denken vieler treuer Gemeindeglieder inzwischen voneinander abweichen? Wie gehen wir damit um?

Bedford-Strohm: Man muss sehr vorsichtig sein, solche Aussagen zu verallgemeinern. Wenn jemand Zweifel äußert, auch wenn ein Pfarrer Zweifel äußert, muss das kein Schaden sein. Aber es sollte natürlich Anlass sein, in eine vertiefte theologische Diskussion zu treten. Möglicherweise manifestiert sich da ein Defizit in der Ausbildung. Es reicht für Pfarrer nicht, lehrhaft zentrale theologische Inhalte wiederzugeben. Aus meiner Sicht – und so habe ich es in meiner Tätigkeit als Professor immer gehalten – gehört die existenzielle Auseinandersetzung mit den theologischen Lehrinhalten zur

Ausbildung dazu. Frömmigkeit und strenge theologische Reflektion, auch kritisch in Frage stellende Reflektion sind kein Gegensatz, sondern gehören zusammen. Nur dann wenn ich durch das Feuer der Kritik gegangen bin, wenn ich infrage gestellt habe, was ich vielleicht nur so übernommen habe, bin ich wirklich tief verwurzelt im Glauben. Wenn jemand sagt, dass er das alles nicht mehr glaubt, für das er als Pfarrer einsteht, dann hat er allerdings tatsächlich ein Problem.

Der Imam auf der Kanzel

ABC: Im März hat ein Imam eine Kanzelrede in St. Lukas gehalten. Sie haben auf Kritik daran mit dem Hinweis reagiert, als Christen müssten wir doch keine Angst haben, uns auch einmal etwas von Muslimen oder Atheisten sagen zu lassen. Das ist wahrscheinlich unbestritten. Aber die Frage ist doch eine andere: Was macht ein Imam im Gottesdienst? Wie ist das mit dem Ersten Gebot: Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter neben mir haben. Spielt denn im Gottesdienst so etwas wie die Heiligkeit Gottes gar keine Rolle mehr?

Bedford-Strohm: Die Heiligkeit Gottes ist etwas ganz zentrales. Dazu gehört auch, dass wir Menschen uns nicht an die Stelle Gottes setzen, dass wir respektieren, dass unsere Wahrheitserkenntnis begrenzt ist, und dass das, was wir als Wahrheit erkannt haben, nicht unser Besitz ist, sondern immer wieder von Gott selbst infrage gestellt wird. So wie wir Gott nicht besitzen können, können wir auch die Wahrheit über Gott nicht besitzen – das würde die Heiligkeit Gottes nicht respektieren. Wir Christen erkennen Gott jedenfalls von Christus her, und das mit größter Leidenschaft und Authentizität. Aber wir können nicht den Satz sagen ‚Mit Sicherheit kann Gott sich den Menschen nicht in anderen Religionen zeigen' – wir würden uns ja an die Stelle Gottes setzen, wenn wir das täten. Umgekehrt übrigens auch nicht: Wir können nicht die definitive Wahrheitsaussage treffen ‚Wir glauben sowieso alle an den einen Gott' – dazu sind die Unterschiede, in denen wir unseren Glauben zum Ausdruck bringen, einfach zu groß.

ABC: Aber noch mal zurück zur Frage nach dem Imam im Gottesdienst: Würden Sie im Nachhinein sagen, dass dieser Auftritt richtig war?

Bedford-Strohm: Aus den Diskussionen habe ich den Schluss gezogen, dass der Symbolgehalt eines Imams auf einer christlichen Kanzel mit dem entsprechenden Foto die Unterscheidung zwischen einer Kanzelrede und einer Predigt fast unmöglich macht; daher würde ich eher davon abraten. Ich möchte aber noch mal deutlich machen, dass es unseren Glauben nicht erschüttern sollte, wenn zu einer besonderen Gelegenheit ein Imam zu uns spricht. Ich persönlich kann auch nicht sehen, dass ein Gottesdienst dadurch entweiht oder die Grenzen zwischen den Religionen verwischt werden. Das Entscheidende ist doch, dass Christus mitten unter uns ist. Und das ist er, wenn wir in seinem Namen versammelt sind.

ABC: Danke für das Gespräch. ■

„Glaubensreformen", die den Glauben zerstören

Von Pfr. Dieter Kuller

„Wir als Protestanten müssen miteinander streiten" – so hat es Landesbischof Bedford-Strohm im Gespräch mit den ABC-Nachrichten gesagt. Richtig, denn keiner von uns hat die allein gültige Auslegung der Heiligen Schrift für sich gepachtet. Doch was, wenn die Autorität der Heiligen Schrift gar nicht mehr anerkannt wird? Wenn „Glaubensreformen" propagiert werden, die den Glauben zerstören? Vor diesem Hintergrund hat sich Pfarrer Dieter Kuller im Auftrag des ABC an die Kirchenleitung gewandt.

Der ABC beobachtet mit großer Besorgnis, dass von evangelischen Theologen immer häufiger Versuche unternommen werden, öffentlichkeitswirksam eine veränderte Gestalt des christlichen Glaubens zu entfalten. Unter Einbeziehung fremder Religionen (Islam, Buddhismus u. a.) soll die christliche Lehre „weiterentwickelt" und auf eine neue, der geistigen Entwicklung der Menschheit entsprechende Bewusstseinsstufe gehoben werden. Im Zuge dieser „Weiterentwicklung" werden grundlegende biblische Glaubenssätze „verabschiedet".

Nur einige Beispiele:

- „Der Versuch, die schriftlichen Erzählungen von den Begegnungen mit dem Auferstandenen als quasi-objektive Beweise einer leiblichen Auferstehung anzusehen, ist ein Produkt materialistischen Denkens." (Klaus-Peter Jörns, Notwendige Abschiede, S.133).
- „Das ‚Christus alleine', das ‚solus Christus' ist nicht nur sozial unakzeptabel geworden, es ist vielmehr vor allem religiös und theologisch unwahr geworden und muss daher aufgegeben werden." (Matthias Kroeger, Der fällige Ruck in den Köpfen der Kirche, S. 135).
- „Zu den alten Jesus-Worten gehören weder die Abendmahlseinsetzungsworte, noch hat er, wie sollte er auch, seinen Tod als Opfertod, als Heilsgeschehen gedeutet." (Claus Petersen in Bayern 2 am Karfreitag, 29. 3. 2013).
- „Ich lehne die Opfertheologie ab und habe auch meine eigenen Einsetzungsworte." (Kuno Hauck in Bayern 2 am Karfreitag, 29. 3. 2013).
- „Die Bilder, die wir uns von Gott machen, müssen wir irgendwann überschreiten. Zum Beispiel ‚Gott-Vater'. Das ist nur eine Metapher. Die trägt eine ganze Zeitlang, aber dann werden wir sie überschreiten. Und Gott ist auch keine Mutter, auch das ist nur ein Bild und sogar, dass Gott ein Schöpfer ist, ist nur eine Metapher. So entwickelt sich unser Glauben, unser Denken, ständig vorwärts." (Werner Tiki Küstenmacher, epd-Interview am 18.1. 2013).

Claus Petersen, Kuno Hauck und Werner Tiki Küstenmacher sind Pfarrer der ELKB. Der ABC bittet die Kirchenleitung mit den genannten Pfarrern ein klärendes Gespräch zu führen. Unsere Sorge ist, dass viele suchende Christen durch die genannten und andere Veröffentlichungen in ihrem Glauben massiv verunsichert werden und auch das ökumenische Gespräch Schaden nimmt. Es geht dem ABC nicht um eine Anklage der Kollegen, sondern darum, dass die Kirchenleitung in Wahrnehmung ihrer wichtigsten Aufgabe, nämlich auf eine schrift- und bekenntnisgemäße Verkündigung zu achten (s. Kirchenverfassung!) ein deutliches Zeichen setzt und klarstellt, ob Schrift und Bekenntnis, auf die jede Pfarrerin und jeder Pfarrer ordiniert werden, in unserer Kirche noch ihre volle Geltung haben.

Wir erleben zurzeit einen religiösen Umbruch und Wertewandel mit weitreichenden Folgen für Kirche und Gesellschaft. In vielen Gemeinden herrscht große Unsicherheit, welche

Norm für theologische Aussagen noch gilt bzw. ob es überhaupt noch eine Norm gibt. In dieser Situation warten die Menschen auf ein Signal aus der Kirchenleitung, ob in der ELKB nach wie vor gilt, was im Grundartikel der bayerischen Kirchenverfassung steht, nämlich dass die ELKB sich in Lehre und Leben an die Heilige Schrift Alten und Neuen Testamentes und das evangelisch- lutherische Bekenntnis hält. Sind Schrift und Bekenntnis weiterhin die Norm, an der jede Predigt und jede theologische Veröffentlichung sich messen lassen müssen oder kann heute jeder Pfarrer selbst festlegen, welche Bibelstellen und Dogmen er noch für „glaubwürdig“ hält und welche zu einer niedrigen „Bewusstseinsstufe“ gehören und deshalb „ausgedient“ haben?

P.S. In den „Nachrichten“ der ELKB vom Mai und Juni 2013 bekam Prof. Klaus-Peter Jörns eine Plattform für seine Thesen. Und in der Juli-Ausgabe schrieb der ehemaliger Bonner Superintendent Burkhard Müller „über die notwendige Abkehr von der Sühnetodtheologie und die Erneuerung der Mahlfeier“ ... ■

Aufstand des Zeitgeistes gegen Gottes Ordnung

Einst opferte Jerobeam...“ Der Buchtitel bezieht sich auf König Jerobeam I. von Israel. Er war der erste König Israels nach der Reichsteilung. Nachdem er zunächst von Gott erwählt wurde und unter der Bedingung der Treue zu Gottes Wort seine Verheißung bekam, wandte er sich trotz des sichtbaren Segens von Gott ab. Seine Angst und sein Misstrauen, ob Gott seine Zusage auch weiterhin einhalten würde, trieben ihn in die Arme fremder Götter. Sein Götzendienst und Abfall wurde in den Schriften des Alten Testaments sprichwörtlich.

Mit dieser Thematik beschäftigte sich die Jahrestagung 2012 der Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern. Durch theologisch-philosophische Betrachtungen (Prof. Dr. Harald Seubert), anhand eines Fallbeispieles, wie aus einer ethischen Frage zu Recht eine Bekenntnisfrage wird (Prof. Dr. Dr. Rainer Mayer), durch Überlegungen zum Zentrum des christlichen Glaubens (Prof. Dr. Sven Grosse) und anhand der Bearbeitung einschlägiger Bibeltexte (Pfr. Dr. Wolfhart Schlichting) wird das Feld des Häresiebegriffes breitflächig bearbeitet; der gläubigen Gemeinde wird damit gleichzeitig ein Werkzeug zur Erkenntnis und zum Umgang mit Irrlehre an die Hand gegeben. Gerade auch die Bibelarbeit zu Hesekiel 8 und die Predigt zu 1. Könige 13 von Pfarrer Dr. Schlichting sind wahre Augenöffner. Hier wird eine tiefe Einsicht in die Bibeltexte ebenso deutlich wie die Aktualität und zeitlose Gültigkeit des Wortes Gottes. Fast hört man den Gottesmann aus Juda zu uns sprechen, in unsere Situation, in den Zerbruch unserer Kirchen und Gottesdienste, in die Abgefallenheit unserer Zeit hinein.

Andreas Späth (Herausgeber.): „Einst opferte Jerobeam…“ – Häresie – Aufstand des Zeitgeistes gegen Gottes Ordnung“, Logos Editions, Ansbach 2013, EUR 6,90

Bestellungen u.a. über: logos-editions@gmx.net ■

Ein Imam auf der Kanzel – was sagt der Islam dazu?

Am 10. März hat der Penzberger Imam Idriz in der Münchner St.-Lukas-Kirche anstelle der Predigt eine Kanzelrede gehalten (siehe ABC-Nachrichten 2.2013). Der Vorfall von München zeigt erneut, wie dem Islam bei kirchlichen Veranstaltungen eine Plattform angeboten wird, obwohl die Islambeauftragen der Kirchen genau wissen sollten, dass der Koran das Evangelium leugnet und bekämpft. Der Koran, an den die Muslime als die wörtlich diktierte Offenbarung Allahs glauben, lehnt die Gottessohnschaft Jesu[1] und seine Kreuzigung[2] ab und karikiert Jesus zu einem Vorboten Mohammeds [3]. Weiter lehrt der Islam in den anerkannten Sprüchen Mohammeds (Hadith) über Jesus, dass er bei seiner Wiederkunft alle Schweine töten, alle Kreuze zerbrechen[4] und alle Christen zum Islam bekehren werde.[5] Als letzten Akt werde der islamische Jesus die Massenvernichtung aller Juden einleiten.[6]

„Wir haben in der Kirche nur einen Altar, und das ist der Altar des Allerhöchsten, … vor dem alle Kreatur auf die Knie muss ...Wer etwas anderes will als dies, der bleibe fern, der kann nicht mit uns im Hause Gottes sein … Wir haben in der Kirche auch nur eine Kanzel, und von dieser Kanzel aus wird vom Glauben an Gott geredet und sonst von keinem Glauben, und keinem noch so guten Willen.“
(Dietrich Bonhoeffer am 1. Februar 1933 in einer Rundfunkansprache)

Es ist unverständlich, dass die Kirche trotz dieses klar antichristlichen Inhaltes dem Islam eine Plattform bietet – nicht nur in ihren Akademien, sondern zunehmend auch in ihren sakralen Räumen. Es ist vollkommen legitim und nachvollziehbar, dass sich Christen über solche Praktiken zutiefst empören. Weniger bekannt dürfte jedoch sein, was der Islam selbst von solchen christlich-islamischen Dialoginitiativen hält. Hier müssen wir zwei Fragen stellen:

1. Dürfen Muslime überhaupt eine Kirche betreten?
2. Darf ein Islamgelehrter um des Dialogs mit den Christen willen die Botschaft des Koran vorübergehend leugnen oder verändern?

Nach der islamischen Theologie ist eine christliche Kirche nichts anderes als ein „Götzentempel“, ein „Haus der Vielgötterei“ oder ein „Hort der Satane“[7]. Unter „normalen Umständen“ hat ein Muslim einen solchen „Tempel“ zu meiden.[8] Der Islam sieht jedoch, wie bei vielen seiner Verbote, auch hier gewisse Ausnahmen vor. Das islamische Gesetz erlaubt einem Muslim den Kirchenbesuch vor allem dann ausdrücklich, wenn dieser zur Einladung der Christen zum Islam dient.[9]

Der Islam ist eine in jeder Hinsicht flexible Religion. Tritt eine „Notsituation“ für die islamische Sache auf, so kann ein Verbot zum Gebot und ein Gebot zum Verbot erklärt werden. Einer der wichtigsten Leitsätze im Islam lautet: „Die Notwendigkeit macht das Verbotene zum Erlaubten.“[10] In die Praxis übersetzt bedeutet dies: Der Imam darf nicht nur den „Hort der Satane“ betreten, sondern er darf dort auch predigen.

Ein weiteres Prinzip, das die Muslime bei der Propagierung ihrer Religion befolgen, ist, „weise zu handeln.“[11] Imam Idriz war in dieser Hinsicht – islamisch gesehen –

vorbildlich: Er nannte Abraham „den gemeinsamen Glaubensvater“, unterschlug jedoch die Tatsache, dass der islamische Abraham (Ibrahim) mit dem biblischen Patriarchen nicht viel zu tun hat. Im islamischen Schrifttum lernen die Muslime, Abraham habe seine Magd Hagar und Ismael nach Mekka gebracht.[12] Dort hätten sie zusammen die Kaaba gebaut[13]. Abraham habe dann zu Allah gefleht, er möge Mohammed als den künftigen Propheten senden.[14] Wie jeder Muslim habe Abraham die rituellen Pflichten des Islam erfüllt.[15] Dem Koran zufolge zählt Abraham wie auch Adam zu den ersten vorbildlichen Muslimen.[16]

Um die Sympathien der Kirchengemeinde von St. Lukas zu gewinnen, wandte der Imam Idriz eine zweigleisige Methode an. Einerseits erweckte er durch die Erwähnung Abrahams den Eindruck, der Islam hätte biblische Wurzeln. Andererseits zitierte er Verse aus dem Koran, die keine Gültigkeit mehr besitzen. Dazu gehört die von Imam Idriz in seiner „Predigt“ erwähnte Koranstelle Spinne 29:46: „Unser Gott und euer Gott ist ein und derselbe.“ Leider hat der Imam die Kirchengemeinde nicht darüber informiert, dass Allah diesen „freundlichen“ Vers durch den sogenannten „Schwertvers“ (Koran 9:5[17]) und durch die Sure 9:29[18] aufhob und für ungültig erklärte.[19]

Der Koran enthält eine Reihe von Versen, die für Muslime nicht mehr verbindlich sind. Dazu gehören vor allem die sogenannten „freundlichen“ Verse Allahs gegenüber den Nichtmuslimen. Diese freundlichen Verse wurden von Allah zu einer Zeit hinabgesandt, als die Muslime aufgrund ihrer zahlenmäßigen Schwäche auf das Wohlwollen und die Toleranz ihrer mächtigen nichtmuslimischen Umgebung angewiesen waren. Sobald die Muslime jedoch ihre Macht festigen konnten, erklärte Allah durch diesen „Schwertvers“ (Sure 9:5) alle Verse des Koran, die zur Toleranz gegenüber den Nichtmuslimen aufrufen, für ungültig.

Ein solcher Umgang mit dem Koran kann uns Christen als unehrlich irritieren, ist jedoch aus islamischer Sicht vollkommen legitim und weise, da Allah selber den Muslimen vorschreibt, mit den Christen und Juden „weise“ und auf eine „gute Art“ zu diskutieren. So kann ein Muslim sogar die aufgehobenen Verse Allahs einsetzen, wenn dies der Sache Allahs dient. Wenn wir Christen über diese grundlegenden Unterschiede zwischen Islam und Christentum nicht informiert sind, können Muslime bei uns durch ihre geschickte Rhetorik und taktischen Umgang mit dem Koran den Eindruck erwecken, der Islam sei auf keinen Fall eine antibiblische und antichristliche Religion.

Die Krönung des denkwürdigen Gottesdienstes am 10. März war die Gestaltung des Tagesgebets nach der ersten Sure des Koran, die mit einem Bittgebet zu Ende geht: „O Allah, führe uns den geraden Weg, den Weg derer, denen du Gnade erwiesen hast, und nicht den Weg derer, die dem Zorn verfallen sind und irregehen!“ Treu seinem islamischen Prinzip, „weise zu handeln“, erwähnte Imam Idriz nicht, dass dieses Gebet die Muslime davor warnt, den Juden und Christen zu folgen. Denn nach allen angesehenen Korankommentaren sind es die Juden, die dem Zorn Allahs verfallen sind, während die Christen diejenigen sind, die in die Irre gehen.[20]

Was sich am 10. März in der Münchner St. Lukaskirche ereignete, wurde von zahlreichen Christen zu Recht als Versuch einer Religionsvermischung bezeichnet. Vielmehr sollten Christen sich klar von der Lehre des Islam distanzieren, den Muslimen jedoch das Evangelium von Jesus Christus weitergeben.

Als Evangelische Karmelmission stehen wir seit über 100 Jahren im direkten Kontakt mit Muslimen. Von Marokko bis Indonesien begegnet uns überall dasselbe islamische Verhaltensmuster, das auf Täuschung und Verstellung setzt. So handelte auch einer unserer Mitarbeiter in Nord-Nigeria, als er noch ein Muslim war. Seine Aufgabe war es, vertrauliche Informationen in christlichen Gemeinden zu sammeln, um diese an seine islamische Terrororganisation weiterzuleiten. Zu diesem Zweck verstellte er sich als ein am christlichen Glauben interessierter Muslim. Er nahm am Katechismusunterricht einer Kirchengemeinde teil, gab vor, zum Glauben gekommen zu sein und ließ sich taufen. Später wurde er verantwortlicher Jugendleiter der Kirche und übernahm Predigtdienste. Niemand ahnte, dass dieser verantwortliche Mitarbeiter in Wirklichkeit ein fanatischer Muslim war.

Es geschah bei einem evangelistischen Treffen: Dort zitierte ein Pastor das Bibelwort aus 1. Könige 18, 21: „Wie lange hinkt ihr auf beiden Seiten? Ist der HERR Gott, so wandelt ihm nach, ist´s aber Baal, so wandelt ihm nach.“ Dieses Gotteswort war es, das aus dem muslimischen Täuscher einen Zeugen des Evangeliums und Diener Jesu Christi machte. Als Strafe für seinen Abfall vom Islam wurde seinem ältesten Sohn gemäß der Scharia, dem Gesetz Allahs, die Kehle durchgeschnitten.

Der Islam kennt keine Glaubens- und Religionsfreiheit. Mohammed sagt ausdrücklich: „Tötet den, der den Islam verlässt.“[21] Trotz der tödlichen Sanktionen der Scharia gegen den Abfall vom Islam, finden immer mehr Muslime zum Glauben an Jesus Christus. Sie sind nicht bereit, ihren Heiland zu verleugnen. Sie sagen: „Wir werden doch nicht den verleugnen, durch den wir das ewige Leben im Himmel haben.“ ■

[1] Koran, 5:116; 9:30; 5:17,72.
[2] Koran, 4:157.
[3] Koran, 61:6. [4] Bukhari, anbiya 49.
[5] Abu Dawud, malahim 14; Ahmad b. Hanbal: al-Musnad, Bd.II, S.406f., Kairo o.J.
[6] Ibn Madja, fitan 23.
[7] Muhammad b. Husain al-Qadiri: Takmilat al-Bahr ar-Ra'iq, Bd.VII, S.364, Beirut 1997.
[8] Ibn Abidin: Radd al-Muhtar ala ad-Durr al-Mukhtar, Bd.II, S.43, Riad 2003.
[9] Ri'asat Idarat al-Buhuth al-Ilmiyya wa al-Ifta (hg.): Fatawa, Bd.II, (Rechtsgutachten Nr. 6876), S.77, Riad & Kairo 1999.
[10] Der Fachbegriff dafür ist darura (zwingende Notwendigkeit). Die Muslime sind stolz darauf, dass ihre Religion „ihnen nicht mehr aufbürdet, als sie ertragen können“ (Abdalwahhab Ibrahim Abu Sulayman: Fiqh ad-Darura wa Tatbiqatutu al-Mu´asira, S.34, Dschidda 2003; Ihsan Yilmaz: Muslim Laws, Politics and Society in Modern Nation States. Dynamic Legal Pluralisms in England, Turkey and Pakistan, S.37ff., Hants 2005.
[11] Es gilt im Islam als "empfehlenswert, mit den Andersgläubigen „weise“ und „auf die beste Art“ zu streiten (Koran, 16:125). Mohammed zufolge wurde sogar jeder Prophet von Allah angehalten, zu den Menschen gemäß ihrem Verstand zu sprechen (Ghazzali: Ihya Ulum ad-Din, Bd.I, S.144, Bulaq o.J.).
[12] Ibn Qutaiba: Kitab al-Ma´arif, S.16, Kairo 1967.
[13] Koran, 2:127.
[14] Koran, 2:129: „Und lass, o Allah, unter ihnen einen Gesandten (Mohammed) aus ihren eigenen Reihen auftreten, der ihnen deine Verse verliest, sie die Schrift und die Weisheit lehrt und sie läutert! Du bist der Mächtige und Weise.“
[15] Koran, 14:40; 21:73.
[16] Koran, 3:67.
[17] „Sind aber die heiligen Monate verflossen, so erschlagt die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und packet sie und lauert ihnen in jedem Hinterhalt auf.“
[18] „Kämpft gegen die, die weder an Allah glauben noch an den Jüngsten Tag, die nicht verbieten, was Allah und sein Gesandter verboten haben und der wahren Religion (Islam) angehören – unter den Buchbesitzern (Juden und Christen), bis sie erniedrigt den Tribut aus der Hand entrichten.“
[19] Abu Bakr al-Djassas: Ahkam al-Qur´an, Bd.III, S.100, Kairo 1928; Abu Ubaid al-Qasim b. Sallam: Kitab an-Nasikh wa al-Mansukh, ed. John Burton, S.67f., Cambridge 1987. Djalaladdin as-Suyuti: al-Itqan fi Ulum al-Qur´an, ed. Mustafa Dib al-Bugha, Bd.II, S.714, Damaskus 2008.
[20] In jedem seriösen Korankommentar wird der Schlussvers dieser kleinen Sure, die von Muslimen am häufigsten rezitiert wird (40mal am Tag!) so ausgelegt. Die Erläuterung geht direkt auf einen Spruch Mohammeds zurück (Tirmidhi, tafsir 2). Auch die modernen „Taschenkommentare“ des Koran erklären „die Verirrten“ als „Christen und ähnliches“ (Muhammad Hasan al-Himsi: al-Qur´an al-Karim, S.1, Damaskus 2001).
[21] Bukhari, djihad 149, i'tisam 28, istitaba 2; Abu Dawud, hudud 1; Tirmidhi, hudud 25.

Evangelischer Gottesdienst?

In der Folge des Gottesdienstes mit dem Penzberger Imam Idriz in der Münchner St. Lukas-Kirche wurde vom ABC und zahlreichen anderen Organisationen deutliche Kritik geübt. Die Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern (KSBB) initiierte zudem eine Unterschriftenaktion, der sich u.a. rund 200 Professoren, Pfarrer und Prädikanten angeschlossen haben. Wir dokumentieren die Initiative in Auszügen (siehe auch ABC-Nachrichten 2.2013, S. 5ff.)

Der Gottesdienst am Sonntag Lätare wurde in St. Lukas-München seiner Bestimmung beraubt und zweckentfremdet:

- Er war eine als Gottesdienst bezeichnete Veranstaltung, bei der auch zu dem Gottesbild gebetet wurde, das der Koran und die Muslime für Gott halten. Dieses ist gemäß der Bibel und dem Augsburger Bekenntnis (CA I) aber ein anderer Gott als der des christlichen Glaubens.
- Er war falscher Gottesdienst, denn er wurde (zumindest auch) im Namen des Gottes des Korans gefeiert.
- Er war falscher Gottesdienst durch das Verdrängen der christologischen Aussagen in Lesungen und Ersatzbekenntnissen.
- Er war falscher Gottesdienst, weil das Christuszeugnis verdunkelt und der christlichen Gemeinde vorenthalten wurde, indem offen Irrlehre über Christus und das Wesen Gottes gepredigt wurde (Muslime und Christen glaubten an denselben Gott).

Des Weiteren stellt sich die Frage nach dem Amtsverständnis und den Ordnungen der Kirche. Wie kann es sein, dass Pfarrer, Prädikanten und Lektoren eine Ausbildung durchlaufen müssen, Stellung zu Schrift und Bekenntnis nehmen müssen, von Mitgliedern der Kirchenleitung oder deren Beauftragten befragt und gehört werden, probepredigen müssen, wenn sogar Ungetaufte, Atheisten und Angehörige oder Vertreter fremder nicht-christlicher Religionen in Gottesdiensten eine „Kanzelrede“ halten dürfen, die im konkreten Fall die Predigt ersetzte (vgl. den facebook-Eintrag des Landesbischofs)?

Dies führt unweigerlich zur Frage, was rechter Gottesdienst und rechte Predigt ist. Nach CA V sollen wir durch das Predigtamt den Glauben erlangen. Paulus sagt: „So kommt der Glaube aus der Predigt, das Predigen aber durch das Wort Christi“ (Römer 10,17). Die Predigt soll durch die Verkündigung des Wortes Gottes in Gesetz und Evangelium Glauben wecken und stärken. Da aber, wo die Grundlage der Predigt nicht mehr allein das Wort Gottes ist, sondern wie im konkreten Fall Bibel- und Koranzitate quasi gleichberechtigt Grundlage einer Predigt bzw. „Kanzelrede“ sind, noch dazu eines nicht-christlichen Predigers ist dem Gottesdienst das Wort Gottes als Basis entzogen. Da wird kein christlicher Gottesdienst mehr gefeiert! Die Verkündigung im Gottesdienst ist grundsätzlich die Predigt. Diese hat nach CA XIV durch einen ordentlich berufenen Prediger zu geschehen.

Gegenwärtig läuft in der Landeskirche ein Klärungsprozess, was unter einer „Kanzelrede“ überhaupt zu verstehen ist, inwieweit sich eine Kanzelrede von einer Predigt unterscheidet und ob eine Kanzelrede als Verkündigung in einem Gottesdienst vom evangelisch-lutherischen Bekenntnis her überhaupt möglich ist. Grundsätzlich gilt: Kanzelreden sind nach Inhalt und Rednern enge Grenzen gesetzt. Mit Kanzelreden muss auf allen kirchlichen Ebenen in höchster theologischer und geistlicher Verantwortung umgegangen werden und es ist sehr sparsam davon Gebrauch zu machen, da die Kanzelrede die christliche Verkündigung in der Predigt durch einen dazu ausgebildeten, berufenen und ordinierten Prediger nie ersetzen kann. Kanzelreden dürfen im christlichen Gottesdienst grundsätzlich nur von Rednern mit christlich-kirchlichem Hintergrund gehalten werden.

Ansprachen und Reden fremdreligiöser und nicht-christlicher Vertreter können grundsätzlich nicht von der Kanzel aus gehalten werden, sondern gehören in Räume und Veranstaltungen außerhalb von Gottesdienst und sakralen Räumen. Jede Kanzelrede muss von der Gottesdienstleitung (Pfarrer und Kirchenvorstand) vor Schrift, Bekenntnis und Verfassung der ELKB verantwortet werden. Das gilt für jeden Gottesdienst, besonders aber für jeden als trinitarisch proklamierten Gottesdienst mit Feier des Hl. Abendmahls.

Umso schwerer wiegt es, dass die Handlung durch welche die Gemeinde um das Wort Gottes gebracht und in eine Handlung verstrickt wurde, die dem ersten Gebot zuwiderlief, durch die Münchner Stadtdekanin genehmigt wurde.

Wir, die Unterzeichner, wenden uns als zur Wortverkündigung im Gottesdienst Berufene dagegen, dass es von Teilen der Kirchenleitung für möglich gehalten und gefördert wird, dass Muslime, ja gar Atheisten (Landesbischof Bedford-Strohm auf Facebook am 21.03.2013) im Gottesdienst „Kanzelreden“ halten bzw. predigen (z.B. die „Kanzelrede“ genannte „Predigt“ eines Imam in München, St.-Lukas am 10.03.2013).

Wir wenden uns grundsätzlich gegen die Mitwirkung von Ungetauften an Amtshandlungen der Kirche. Synkretistische Praktiken dieser Art wurden bereits von den Propheten im Alten Testament massiv abgelehnt und die Verantwortlichen im Priester- und Tempeldienst scharf kritisiert. Es kann theologisch nicht rechtens sein, dass Nichtchristen ein Patenamt ausüben oder bei Amtseinführung, Ordination usw. assistieren (so z.B. die Installation eines Pfarrers in Schwabach am 13.05.2012 unter Beteiligung eines Muslims als Assistent).

Wir wenden uns gegen die Feiern fremdreligiöser Kulte in kirchlichen Räumen (wie etwa bei der Feier des islamischen Ashura-Festes in einem evangelischen Kindergarten am 05.12.2012).

Ein solches Handeln einiger Kirchenvertreter missbraucht den Gottesdienst, den Zweck der Predigt, das Predigtamt und stellt die exklusive Heilsbedeutung Jesu Christi (Apg 4,12) in Frage.

Wir erwarten, dass die Kirchenleitung derartige Veranstaltungen zukünftig unterbindet. ■

Interreligiös von Gott sprechen

Fortsetzung der Debatte zwischen Kirchenrat Rainer Oechslen und dem ABC-Vorsitzenden Till Roth

Die Kritik des ABC an der landeskirchlichen „Handreichung für christlich-islamische Trauungen“ hat einen Dialog mit dem Islambeauftragten Rainer Oechslen ausgelöst, deren zweiten Teil wir in dieser Ausgabe (in Auszügen) dokumentieren. Sehr erfreulich ist, dass auch das Korrespondenzblatt des Pfarrerinnen- und Pfarrervereins die Debatte aufgegriffen hat.

Sehr geehrter Herr Roth,

Sie schreiben: „Vielleicht wäre es theologisch korrekter zu formulieren: Christen und Muslime haben sehr unterschiedliche Verständnisse von Gott.“ Ja, das hielte ich für korrekter und hilfreicher. Es ist in der Tat so, dass der Koran davon ausgeht, dass der Gott, den die Muslime verehren, derselbe ist wie der, zu dem Juden und Christen beten. Das einschlägige Zitat aus dem Koran lautet (in der Übersetzung von Hartmut Bobzin): *„Streitet mit den Buchbesitzern nur auf schöne Art, doch nicht mit denen von ihnen, die freveln. Sprecht: ‚Wir glauben an das, was auf uns herabgesandt. Und was auf euch herabgesandt wurde. Unser Gott und euer Gott sind einer. Ihm sind wir ergeben.“ (29:46)* So einfach können Christen das nach meiner Überzeugung nicht sagen. Ob eine nachchristliche Religion sich mit Recht auf den Gott des Alten und Neuen Testaments berufen kann, muss sich erst noch herausstellen. Ich halte aber fest: Wir sind damit in der gleichen Lage, in der sich das Judentum gegenüber dem Christentum befand. Die Christen beriefen sich selbstverständlich auf den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, verkündeten aber zugleich den Glauben an Gottes Dreieinigkeit, der für die Juden äußerst anstößig war und ist. Die Rabbinen haben deshalb lang Zeit gebraucht, um den Christen zu bescheinigen, dass sie – wenn auch „verschrobene“ – Monotheisten seien. Die Formulierung kam im 9. Jahrhundert auf und stammt von dem babylonischen Gelehrten Saadia Gaon. Diese Erinnerung sollte uns nicht nur im Bekenntnis der Selbigkeit Gottes zwischen islamischer und christlicher Gotteserkenntnis vorsichtig machen, sondern auch im Bekenntnis der Andersheit.

Ihr Hauptargument ist, wenn ich Sie recht verstehe, folgendes: Das erste Gebot leugnet nicht die Existenz anderer Mächte oder Götter, verbietet aber der jüdischen und der christlichen Gemeinde deren Verehrung. Die Götter der anderen Religionen und Völker wollen gerade in ihrer Andersheit von uns Christen ernst genommen werden. Durch „die Ablehnung des Christus und die Ablehnung der Dreieinigkeit Gottes“, so schreiben Sie, sei auch zwischen Juden und Christen „eine Kluft im Gottesverständnis“ entstanden. Aus all dem leiten Sie ab, dass es zwischen Juden, Christen und Muslimen keine gemeinsamen religiösen Feiern geben könne. Nun gebe ich zu, dass es in der Bibel mit der Einheit und Einzigkeit Gottes durchaus komplexer bestellt ist als in der fränkischen Mundart, in der es heißen kann: „I sooch halt immer, es gibt nur aan Herrgott.“ Kornelis Heiko Miskotte, den ich noch mehr schätze als Carl Heinz Ratschow, formuliert das so: „Es ist eine Befreiung, im Alten Testament wahrzunehmen, wie sehr dort die Götter als wirklich angesehen werden. Der Herr, der Name, erhebt sich inmitten der Götter, um für sein Volk und darin für die verwirrte Menschheit Partei zu ergreifen ... Es kann sogar heißen: ‚Außer mir ist nichts!‘ (Jesaja 45,6). Dieses ‚nichts‘ ist alles andere als eine metaphysische, vielmehr ist es eine theologisch-gezielte Negation: Außer mir ist nichts, das Wesen und Wert hat, nichts, das helfen kann und Hoffnung gibt.“ Interessant ist aber, dass Miskotte als Beispiele für die Wirklichkeit der anderen Götter als andere und darum nicht zu verehrende Größen Belege aus dem Hinduismus nimmt. Von einer Kluft im Gottesverständnis zwischen Juden und Christen sehe ich bei Miskotte nichts. Sein Buch „Wenn die Götter schweigen“ hat die gegenteilige Stoßrichtung. Über den Islam macht der strenge Barthianer Miskotte in seiner Kritik der Religion eine interessante Bemerkung: „Die Religion als magisches oder mystisches Verhältnis zum Sein, als Erhebung und Vertiefung des menschlichen Selbstverständnisses ... – die Religion können Israel und die Kirche (und teilweise auch der Islam) unmöglich in sich aufnehmen oder als eine Variante ihrer selbst begrüßen, es sei denn, sie hätten ihr Eigenstes verleugnet.“

„Und teilweise auch der Islam...“ Ich verstehe das so: Auch Miskotte hat ein Gespür dafür, dass Judentum, Christentum und Islam durch viel mehr miteinander verbunden sind als durch einen allgemeinen Begriff von Religion, dass es bei aller Differenz eine Berufung aller drei auf den Gott vom Sinai gibt, mag man auch den jeweils anderen beiden Religionen die Authentizität der Gotteserkenntnis bestreiten.

Am Schluss Ihres Briefes leiten Sie von der Gottesfrage zur Christologie und Soteriologie über. Hier liegen die Dinge meines Erachtens noch offener zu Tage, als in der Gottesfrage. Der Koran hat seine eigene durchaus differenzierte Christologie. Er nennt etwa Jesus konsequent den „Sohn Marias“, bekennt sich damit zur Jungfrauengeburt und lehnt zugleich die Rede vom „Sohn Gottes“ ab. Vor allem aber ist Isa / Jesus für ihn ein Prophet und Gesandter Gottes. Damit greift er die Theologie der christlichen Minderheiten auf, die Theologie derer, die bei den Konzilen von Ephesus und Chalcedon nicht zum Zuge kamen. (...)

Damit bin ich bei Ihrer Ablehnung multireligiöser Feiern, wobei Sie den wichtigen Unterschied von interreligiösen und multireligiösen Feiern verwischen. Wie gesagt: Über die theologischen Unterschiede zwischen Judentum, Christentum und Islam bin ich mir im Klaren. Ich würde auch – um ein Beispiel zu nennen – niemals beim muslimischen Gebet die Fatiha mitsprechen, obwohl dieses islamische Grundgebet nichts enthält, was meinem Glauben widerspricht, vielmehr an bekannte Psalmverse erinnert. Ebenso wenig würde ich wollen, dass Muslime das Vaterunser beten, obwohl kein Wort darin dem Islam zuwiderläuft. Die beiden Gebete gehören aber so unzertrennlich zum jeweiligen Glauben, dass ihr Gebrauch durch Menschen, die diesen Glauben nicht teilen, nach meiner Überzeugung nur verkrampft und peinlich sein kann.

Wenn aber aus seelsorgerlichen – wie bei der christlich-muslimischen Ehe – oder anderen Gründen gemeinsame Gebetsfeiern stattfinden, dann bekennen sich Christen und Muslime zu ihrem Glauben ohne die Unterschiede zu verkennen, ja sogar ohne die Frage abschließend geklärt zu haben, ob es derselbe Gott ist, der in den verschiedenen Gebeten angesprochen wird. Nur ein naiv-romantisches Denken wird bei solchen Feiern so etwas suchen wie interreligiöse Verschmelzung. Letztlich geht es um die Frage, ob unsere christliche Identität stark genug ist, sich auch außerhalb des geschützten Rahmens des christlichen – oder sogar nur des lutherischen – Gottesdienstes zu bewähren. Ich für meinen Teil möchte diese Frage mit einem klaren „Ja" beantworten.

Mit herzlichen Grüßen bleibe ich Ihr

Dr. Rainer Oechslen, Kirchenrat

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Oechslen,

(...) Inzwischen haben die vielen Gedanken und Diskussionen, die der multireligiöse Gottesdienst in der evangelischen St. Lukas-Kirche in München (oder darf man noch sagen: der evangelische Gottesdienst mit multireligiösen Elementen?) provoziert hat, gezeigt, wie wichtig es ist, die religionstheologischen Grundfragen im Hinblick auf die Praxis zu reflektieren. Weder gesellschaftlich gut nachvollziehbare noch seelsorgerlich verständliche Anliegen sollten nach meiner Meinung (religions-) theologische Erkenntnisse und Überzeugungen in der Praxis unterhöhlen und aufheben.

So möchte ich eingangs meine Position in dieser Weise bekräftigen: **Dialog der Religionen: Ja. Gemeinsame religiöse Akte und Feiern: Nein.** Hier sage ich bewusst in allgemeiner Ausdrucksweise „gemeinsame religiöse Akte und Feiern", ohne zwischen interreligiös und multireligiös zu differenzieren, obgleich ich den Unterschied nicht verwische, wie Sie mir vorwerfen. Ich werde darauf zurück kommen.

Zunächst will ich meine Position mit einer kleinen biblischen Besinnung begründen. Am Pfingstmontag habe ich über den vorgegebenen Text Johannes 4,19-26 gepredigt – ein interessantes Religionsgespräch, das uns hier überliefert ist, finden Sie nicht auch? (...) Mit erstaunlicher Vollmacht kontert Jesus den Versuch der Frau aus Samarien, mittels einer pluralistischen Religionstheologie und einer pluralistisch-agnostischen Haltung zur Wahrheitsfrage sich auch existentiell die Wahrheitsfrage vom Leibe zu halten. Es geht in diesem Abschnitt um die Frage der rechten (oder wahren) Anbetung, also der religiösen Praxis.

Es erschließen sich für mich folgende Erkenntnisse:

1. Jesus bezieht keinen religionsphänomenologischen, angeblich „neutralen" Standpunkt, sondern formuliert einen qualitativen Vorsprung der Juden gegenüber den Samaritern in der Religionsfrage: „Ihr wisst nicht, was ihr anbetet; wir wissen aber, was wir anbeten." (4,22a) Entweder man ist bereit, die Richtigkeit dieser Ansicht Jesu in Zweifel zu ziehen und verneint ihre Verbindlichkeit für christliche Theologie oder man muss scharfe Kritik an dem entgegengesetzten Standpunkt üben, den etwa Klaus-Peter Jörns vertritt, wenn er wie jüngst wieder in einer vom Landeskirchenrat herausgegebenen Zeitschrift behauptet, es gebe ohnehin nur eine „universale Wahrnehmungsgeschichte Gottes".

2. Jesus bestätigt, was auch unsere Beobachtung immer wieder ist: Menschen sind religiös. Sie fragen über sich hinaus. Ja, sie fragen nicht nur nach ihrem Woher und Wohin, sondern sie verehren auch, was sie als Antwort auf diese Grundfragen zu erkennen meinen, als über ihnen stehende Macht. Sie beten zu „Gott", selbst wenn sie – und dies kann m.E. dem subjektiven Empfinden durchaus diametral entgegengesetzt sein – gar nicht „wissen", was sie verehren, wie Jesus sagt!

3. Jesus setzt diesen qualitativen Vorsprung in Verbindung mit der Frage nach dem Heil. Es wäre spannend, der Formulierung „Das Heil kommt von den Juden" (nicht: „Das Heil *gehört* den Juden"; auch nicht: „Das Heil kommt von *Gott*"!) intensiver nachzugehen; dies will ich hier aber nicht tun. Mir ist wichtig an dieser Stelle festzuhalten, dass die Religionstheologie bzw. die Frage nach dem rechten Verständnis und der rechten Anbetung Gottes nicht von der Soteriologie (Anm.: der Lehre vom Heil) abzulösen ist.

4. Am wichtigsten aber scheint mir Jesu Ankündigung der mit ihm geschehenden eschatologischen Wende, mit der die Frage der rechten Gottesverehrung noch weiter vertieft, ja sogar ganz entscheidend geklärt wird, und zwar im trinitätstheologischen Sinn. Zum einen führt Jesus an dieser Stelle des Gesprächs den Vaterbegriff ein. Zum anderen weist die von Jesus doppelt gebrauchte Wendung „im Geist und in der Wahrheit" deutlich auf den Heiligen Geist und ihn selbst als den Sohn hin, der die Wahrheit ist (14,6) und dessen Lehre die Wahrheit erkennen lässt (8,32).

Christliche Gottesverehrung und christlicher Gottesdienst ist Anbetung des Vaters durch den Sohn im Heiligen Geist. Und nachdem diese Qualität der Gottesbeziehung, des Heils und des Gottesverständnisses offenbart ist, kann jemand, der darin lebt, nicht dahinter zurück: „Gott ist Geist, und die ihn anbeten, die *müssen* ihn im Geist und in der Wahrheit anbeten." Daher mein striktes Nein zu jeder Form gemeinsamer religiöser Feiern. Es wäre aus meiner Sicht nicht redlich und wahrhaftig. Dabei geht es nicht darum, ob „unsere christliche Identität stark genug ist, sich auch außerhalb des geschützten Rahmens des christlichen Gottesdienstes" zu bewähren, wie Sie schreiben. Sie sollte stark genug sein, um den Religionsdialog nicht nur nicht zu scheuen, sondern ihn zu suchen und sich gerne und offen darauf einzulassen (wobei ich dies dahingehend einschränken würde, dass man

dies nicht von jedem Christen erwarten kann). Sie sollte ebenfalls stark genug sein, um im Alltag Menschen anderer Religionszugehörigkeiten freundlich zu begegnen, wenn sich die Gelegenheit ergibt, was z.B. an meinem Ort der Fall ist, wo nicht nur eine Moschee existiert, sondern wo wir auch über ein Dutzend muslimische Kinder türkischer Abstammung in unserer evangelischen Kindertagesstätte bilden, erziehen und betreuen.

Aber zugleich gilt meiner Meinung nach: Wenn unsere christliche Identität stark genug ist, wissen wir auch um die Grenzen und haben kein Problem damit, diese einzuhalten und zu respektieren, dass das Verständnis von Gott in Christentum und Islam zu unterschiedlich ist, als dass wir gemeinsame Gebete, Andachten, Gottesdienste oder dergleichen feiern könnten.

Nun möchte ich noch einmal auf einige Argumente zum Thema Gottesverständnis eingehen.

„Christen und Muslime haben sehr unterschiedliche Verständnisse von Gott." Diesem Satz können wir beide zustimmen. Sie finden diese Formulierung korrekter und hilfreicher. Ich stimme darin teilweise zu: Korrekter als der Satz: „Christen und Muslime glauben nicht an denselben Gott" ist er darum, weil er ernst nimmt, dass sich beide – unter anderem – „auf den Gott vom Sinai" berufen. Ich stimme Ihnen auch darin zu, dass die drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam „durch viel mehr miteinander verbunden sind als durch einen allgemeinen Begriff von Religion, dass es bei aller Differenz eine Berufung aller drei auf den Gott vom Sinai gibt".

Sie finden den Satz auch hilfreicher – doch für wen oder in welcher Hinsicht? Sie müssen zugeben, dass er auf der anderen Seite auch wieder so allgemein ist, dass er keinen präzisen Aussagegehalt liefert. Vielleicht meint ja derjenige, der diesen Satz sagt (oder hört), dass man grundsätzlich nur von Gottes*verständnissen* sprechen könne. Es liege in der Natur der Sache, dass jeder Mensch seinen eigenen, subjektiven Zugang zu Gott hat. Insofern könnte man zutreffend auch von Ihnen und mir sagen: „Wir haben unterschiedliche Verständnisse von Gott." Vielleicht sagt (oder hört) jemand diesen Satz vom Grundverständnis her, dass man letztlich alle existierenden Ausformungen von Religion als Interpretation und Verständnis „Gottes" sehen müsse, selbst wenn sie animistische oder polytheistische Sprach- und Ausdrucksformen haben. Denn dieser Satz lässt sich durchaus bekräftigen, wenn man die Sichtweise des aus dem buddhistischen Pali-Kanon stammenden berühmten Gleichnisses vom Elefanten teilt, wonach die Menschen aller verschiedenen Religionen je auf ihre Weise die letzte Wirklichkeit beschreiben, und zwar so wie mehrere Blinde einen Elefanten vom Betasten her beschreiben: zwar sehr unterschiedlich, aber von diesem Gleichnis her leicht zu verstehen und zu erklären, warum die Religionen eben nur einzelne Teile oder Aspekte erkennen (können) und weshalb sie doch zugleich wahre und sich ergänzende Teile und Aspekte ein- und derselben Wirklichkeit beschreiben. Anders gesagt: Der obige Satz lässt nicht erkennen, ob die „sehr unterschiedlichen Verständnisse von Gott" dennoch

kompatibel sind oder sich widersprechen oder beides, und wenn letzteres, welche praktischen Konsequenzen sich daraus ergeben.

Zur religionstheologischen Bedeutung von Sure 29:46 äußern Sie sich selbst mit Recht kritisch. Die darin geäußerte Sicht des Islam kann nicht ohne weiteres aus christlicher Sicht geteilt werden. Zum einen wird dieser Vers einer früheren Zeit zugeordnet (Mekka-Phase), während Verse der späteren Medina-Zeit offensichtlich auch aus islamischer Sicht grundlegende Probleme mit dem Bekenntnis der Selbigkeit Gottes haben. Dies mag mit der Erfahrung Mohammeds zusammen hängen, dass die alteingesessene jüdische Gemeinde in Medina mit wenigen Ausnahmen Mohammed ablehnte.

Zum anderen müssen wir aus christlicher Sicht auf die gravierenden Unterschiede im Verständnis von Offenbarung, Christus und Erlösung sowie Erlösungsbedürftigkeit des Menschen hinweisen. Joachim Gnilka beschrieb es so: Gott bleibt für Mohammed „der absolut Transzendente, in der Bibel ist er jener, der sich mit der Geschichte seines Volkes und mit der Geschichte der Menschen verbindet. Zum Gott des Koran haben die Menschen keinen Zugang... Nichts in der Welt ist fähig, ihn uns zu vermitteln. Er teilt sich selbst uns nicht mit." (Bibel und Koran, 2004, S.80) „Nach dem Koran gibt es auch im jenseitigen Leben keine personale Gemeinschaft mit Gott." (S.82) „Der entscheidende Punkt der Divergenz zwischen Koran und Neuem Testament ist die Bedeutung Jesu sowohl im persönlichen als auch im heilsrelevanten, soteriologischen Sinn. Das Zentrum des christlichen Glaubens ist das Bekenntnis zu Jesus als dem Sohn Gottes, in dem sich uns Gott geoffenbart hat, und zu ihm als dem Erlöser der Menschen, in dessen Tod am Kreuz und dessen Auferstehung von den Toten uns Gott das Heil und die Rettung geschenkt hat. Beides, seine Gottessohnschaft und die durch ihn gewirkte Erlösung, sind auf breitester Front durch die Schriften des Neuen Testaments bezeugt. Sie sind die Quintessenz des christlichen Glaubens. Beides wird im Koran nicht nur abgelehnt, sondern zum Teil mit scharfer Polemik bekämpft." (S.111) Ich erinnere an die oben dargelegte Bedeutung von Johannes 4,19-24: Wer in der durch Jesus Christus offenbarten und durch sein Heil geschenkten Beziehung zu Gott steht, kann nicht mehr dahinter zurück. Er hat eine grundlegende *neue* Beziehung zu Gott, da er „neue Kreatur" ist „in Christus" (2. Korinther 5,17). Er ist gerechtfertigt vor Gott; er ist versöhnt mit Gott – durch Christus. Das ist die Grundlage und Voraussetzung des christlichen Gottesdienstes. Ohne Christus jedoch ist jeder Mensch – ob Muslim oder Jude, ob Hinduist oder Atheist – zwar von Gott geliebt, aber doch nicht gerechtfertigt und versöhnt. Darum können wir als Christen nicht gemeinsam beten oder Gottesdienst feiern mit Menschen, die nicht im Namen Jesu Christi Gott nahen.

Zuletzt noch ein Wort zu multi- und interreligiösen Feiern. Sie lehnen es ab, beim muslimischen Gebet die Fatiha mitzusprechen, und wollen ebenso wenig, dass Muslime das Vaterunser beten. Von diesem interreligiösen Gebet unterscheiden Sie „gemeinsame Gebetsfeiern" „aus seelsorgerlichen ... oder anderen Gründen". Ich bin der Meinung, dass die Feier in St. Lukas, welche die Kollegin gemeinsam mit dem Penzberger Imam beging,

meiner vorher getroffenen Aussage Recht gibt: „In der Theorie scheinen sie [die multireligiösen Feiern] eine nachvollziehbare Differenzierung zu sein. Aber in der Praxis lassen sie sich meines Erachtens nicht schlüssig von interreligiösen Feiern abgrenzen…“. Die Ausführungen und Diskussionen in der Fragestunde der Frühjahrssynode sind dazu höchst aufschlussreich. Der Rede des Imam musste der Charakter einer Predigt deutlich aberkannt werden. (…) Im Blick auf die abwechselnd von Pfarrerin und Imam vorgetragenen Fürbitten empfand der Landeskirchenrat die Grenze zwischen multi- und interreligiös noch mehr überschritten. In der Tat ist dies wohl das noch treffendere Beispiel für die Problematik der Unterscheidung. Man kann den Anwesenden dreimal vorher erklärt haben, dass im folgenden Fürbittgebet jeder in seiner Tradition zu „seinem“ Gott bete und dabei das jeweilige andere Gottesverständnis respektiere – in actu kann das vergessen, übersehen oder verdrängt werden und eben der Eindruck eines interreligiösen Betens entstehen. „Na und?“, werden an dieser Stelle manche fragen. „Genau dorthin müssen wir uns entwickeln“, wird Klaus-Peter Jörns solche Fragen unterstützen, „ansonsten fehlt uns das aktuelle Update unseres Glaubens.“

Ich denke, wir müssen uns dieser Frage ernsthaft stellen: Was hindert uns, interreligiös zu beten? Ich bitte Sie und unsere kirchenleitenden Organe sehr, sich dieser Frage mit Zeit und Energie zu widmen. Hindert uns nur das Gefühl, dass es „nur verkrampft und peinlich sein kann“, wenn ich Gebete aus anderen religiösen Traditionen mitbete? (…) Oder liegen die Gründe doch tiefer? Was ist unsere christliche Identität? Was ist unser Glaube, was unser Bekenntnis? Offensichtlich ist die jüdische Identität stark genug, sich außerhalb des geschützten Rahmens des jüdischen Gottesdienstes zu bewähren: Als kürzlich das Dekanat Michelau die jüdische Rabbinerin aus Bamberg einlud, eine Kanzelrede im Rahmen eines evangelischen Gottesdienstes anlässlich des Themas der Lutherdekade „Reformation und Toleranz“ zu halten, lehnte diese ab mit dem Hinweis auf eine gemeinsame Vereinbarung der bayerischen Rabbiner, nicht innerhalb eines trinitarischen Gottesdienstes aufzutreten. (…)

Was aber die seelsorgerlichen Einzelfälle von christlich-muslimischen Eheschließungen anbelangt, habe ich in meinem Beitrag alternative Vorschläge zu einer multireligiösen Feier gemacht. Noch keine Antwort habe ich auf meine Frage bekommen, mit welchem Recht und welcher Begründung das Kriterium der noch nicht so lange geltenden Leitlinien Kirchlichen Lebens, wonach sich die Eheleute in religionsverschiedenen Ehen vorher auf eine christliche Erziehung der Kinder geeinigt haben sollen, in der „Handreichung zu christlich-muslimischen Trauungen“ aufgehoben wird. Ebenso vermisse ich eine überzeugende Antwort auf meine Frage, welches Gottes Ruf die Kinder eigentlich erkennen sollen: den Ruf Allahs oder den Ruf des dreieinigen Gottes? Oder handelt es sich um denselben Ruf? Womit wir wieder bei den grundsätzlichen religionstheologischen Fragen wären.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Pfr. Till Roth, ABC-Vorsitzender ■

Im Mittelpunkt: Die Themen Gottesdienst und Islam

Persönliche Eindrücke von der Frühjahrstagung der bayerischen Landessynode in Nürnberg vom 14 - 18. April 2013

Von Martin Pflaumer und Hans-Joachim Vieweger

Schwerpunktthema Gottesdienst

Selten hat ein Thema uns Synodale so sehr beschäftigt wie das Thema Gottesdienst. Nicht – wie man vermuten könnte –, weil wir natürlich auch selbst immer wieder (gute oder schlechte) Erfahrungen mit Gottesdiensten machen; im Mittelpunkt der Tagung stand vielmehr ein neues Staunen über die Bedeutung des Gottesdienstes als „Gotteszeit“, wie Professor Martin Nicol es ausdrückte: *Was die Welt von uns braucht, ist Gottes Wirklichkeit – nicht als Gegensatz zur Weltwirklichkeit, aber in Spannung zur Weltzeit.* Nur Gottesdienste, in denen ein Unterschied zur „Weltzeit“ deutlich werde, lohnten den Aufwand. Prof. Hanns Kerner informierte über Studien, mit denen die Wünsche und Vorstellungen von Gottesdienstbesuchern unter die Lupe genommen wurden. Dabei wurden auch theologische Fragen sowie die Verbindung der Gottesdienste mit dem Gemeindeleben benannt: *Die Krise des Gottesdienstes* (in Bezug auf die Zahl der Teilnehmer) *ist die Krise der sie tragenden Gemeinschaft. Es genügt nicht an der Form des Gottesdienstes zu arbeiten, vielmehr liegen die Probleme in der Frömmigkeitserziehung und im Gemeindeaufbau.*

Auch Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm stellte die Bedeutung des Gottesdienstes in seinem Bericht engagiert heraus: Im Gottesdienst komme das Leben in seiner ganzen Fülle, ebenso wie in seinen Abgründen zur Geltung. In diesem Zusammenhang warb er – was inzwischen nicht mehr selbstverständlich ist – für das Sündenbekenntnis zu Beginn des Gottesdienstes. Das Besondere sei dabei, dass der Mensch, der versuche Gott zu finden und am Ende doch nur bei sich selbst bleibe, im Gottesdienst die Erfahrung machen könne, dass Gott uns findet: *Dass wir nichts tun müssen, sondern einfach nur hören und in unser Herz hineinlassen müssen, was Gott uns zuspricht: „Fürchte dich nicht. Denn ich habe dich erlöst. Ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein.“* Der Bischof betonte zudem, dass auch wirklich das Wort Gottes im Zentrum stehen müsse und nicht irgendwelche Zeitgeist-Götzen. Er erinnerte an Artikel VII aus der Confessio Augustana: *Dass in der versammelten Gemeinde das Evangelium lauter gepredigt und die Sakramente gemäß dem Evangelium verwaltet werden, ist die Grundbedingung für alle Lebensäußerungen der Kirche und ganz besonders für den Gottesdienst.* So pointiert diese Aussagen waren, so wenig schienen sie uns allerdings zu seinen Aussagen zur Kanzelrede von Imam Idriz in der Münchner St. Lukas-Kirche zu passen.

Die Kirche und ihr Verhältnis zum Islam – aktuelle Konfliktfälle

Kurz vor der Synode hatte eben diese Rede des Penzberger Imams Idriz in einem „Abendmahlsgottesdienst“ der Münchner Lukas-Kirche für Schlagzeilen gesorgt. Das war denn auch Thema in der Aussprache

zum Bischofsbericht sowie in der Fragestunde der Synode. Die Reaktion war gemischt. Landesbischof Bedford-Strohm gab einerseits zu, dass das Bild des Imams auf der Kanzel für Missverständnisse gesorgt habe, sprach sich andererseits aber für mehr „Gelassenheit“ aus: *Ich glaube, dass es sinnvoll ist, dass Menschen von außen, auch Andersgläubige und Atheisten, uns etwas sagen und uns den Spiegel vorhalten.* Er stelle sich im Übrigen in aller Form vor die Pfarrerin der Gemeinde, die Schmähanrufen und Drohungen ausgesetzt sei.

„Das ist Gottesdienst, dass nichts anderes im Haus Gottes geschehe, als dass unser lieber Herr selbst mit uns rede durch sein heiliges Wort und wir wiederum mit ihm reden durch Gebet und Lobgesang“.

(Martin Luther)

In der offiziellen Fragenstunde betonte Oberkirchenrat Michael Martin (er ist u.a. für Ökumene und das interreligiöse Gespräch zuständig), dass es sich um keine Predigt, sondern um einen Gesprächsbeitrag von Imam Idriz im Gottesdienst gehalten habe – ein Verstoß gegen das erste Gebot „Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir“ und gegen das lutherische Bekenntnis könne er daher nicht erkennen. Auch die Verwendung von Sure 1 aus dem Koran als Grundlage für das Tagesgebet wollte er nicht kritisieren, im Unterschied zum Fürbittengebet, bei dem sich die örtliche Pfarrerin und der Imam abwechselten – hier sei die Grenze zum interreligiösen Gebet (das die Kirche ablehnt) nicht mehr deutlich erkennbar gewesen. Das war im Übrigen der einzige Punkt, bei dem sich auch Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler kritisch zeigte, die ansonsten ihre Genehmigung des Gottesdienstes verteidigte. Auf die Nachfrage, wie sich all das mit dem Synodenthema Gottesdienst vereinbaren lasse, wurde Oberkirchenrat Michael Martin etwas deutlicher: Die Kanzelrede sei „am falschen Ort und zur falschen Zeit“ geschehen; Ort und Zeit hätten zu Missverständnissen Anlass gegeben, eine Rede dürfe nicht mit einer Predigt verwechselt werden. Vor diesem Hintergrund wolle sich der Landeskirchenrat allgemein Gedanken über Kanzelreden in Gottesdiensten machen.

Zu einer hitzigen Debatte kam es in der Synode zur Frage, ob es in Ordnung ist, dass bei der Einführung eines Pfarrers ein Muslim als Assistierender und damit als Mit-Segnender mitwirken kann. Hintergrund war ein entsprechender Fall in Schwabach im Mai 2012. Prädikant Michael Reichel aus Schwabach problematisierte das in einer Eingabe an die Synode und forderte, dass bei solchen Einführungshandlungen künftig „ausschließlich“ Angehörige der Kirche Jesu Christi beteiligt werden dürften. Interessanterweise stellte sich der Landeskirchenrat in seiner Stellungnahme hinter dieses Anliegen. Doch just der theologische Grundfragenausschuss unserer Synode wollte sich dieser Haltung nicht anschließen: Vieles spreche zwar dafür, dass die Assistierenden Mitglieder einer christlichen Kirche sein *sollten*, die Frage sei aber, ob man kategorisch Angehörige zum Beispiel jüdischen oder muslimischen Glaubens ausschließen wolle. Dem widersprach unter anderem der Synodale Michael Bammessel, der auch Präsident des Diakonischen Werks in Bayern ist: Weil die Einführung ein geistlicher Akt sei und der Segen eine Bitte an Gott darstelle, sei die Beteiligung eines Muslimen an dieser Stelle nicht möglich – alternativ sei an ein Grußwort zu denken. Doch nur 24 Synodale folgten dieser Position, 43 wollten kein „ausschließlich“; die Mehrheit der Synode ist damit lediglich der Meinung, dass die Beteiligten bei der Einführung von Pfarrern „in der Regel“ Angehörige christlicher Kirchen sein sollen.

Sonstiges – von Finanzen bis zum Mindestlohn

- ***Keine Entlastung für Haushaltsabschluss 2011***: Die Rechnungsprüfung hat so viele Probleme im Haushalt 2011 aufgezeigt – Probleme, die vor allem mit dem Wechsel in der Haushaltssystematik hin zu einer offiziellen Bilanz und der doppelten Buchführung zusammenhängen – , dass der Landeskirchenrat auf einen Antrag auf Entlastung verzichtete.

- ***Eckpunkte für Verwaltungsreform***: Die Synode hat einer Vorlage von Oberkirchenrat Hans-Peter Hübner zugestimmt, mit der Vorbereitungen für neue Beziehungen zwischen Kirchengemeinden und Verwaltungsstellen getroffen werden sollen, vor allem mit Blick auf die auch hier anstehende Änderung der Buchführung. Entscheidend ist aus unserer Sicht, dass eine solche Reform nur dann vertretbar ist, wenn sie den eigentlichen Aufgaben der Kirche dient – Verwaltung darf nicht zum Selbstzweck werden; Pfarrer und Kirchenvorstände brauchen Zeit für die wesentlichen Aufgaben.

- ***Vereinbarung mit pietistischen Gemeinschaften***: Die Synode hat einer Vereinbarung mit den in Bayern aktiven landeskirchlichen Gemeinschaften zugestimmt, nachdem bereits im Herbst das Predigergesetz fortgeschrieben worden war. In einer Zusatzerklärung fordert die Synode, dass ein Gemeinschaftsverband nur dann als „Werk innerhalb der Landeskirche“ betrachtet werden könne, wenn die ihm zugehörigen örtlichen Gemeinschaften „in der Regel“ landeskirchliche Gemeinschaften sind – was sich vor allem an den Hensoltshöher Verband richtet, von dem sich einige seiner rund 65 Gemeinschaften als freie Gemeinden verstehen.

- ***Plädoyer für Lebensschutz***: Erfreulich war, dass Prälat Christoph Kühn vom katholischen Bistum Eichstätt in seinem Grußwort das gemeinsame Zeugnis der Kirchen für das ungeborene Leben ansprach.

- ***Nein zu Evangelistenstelle***: Der von uns geforderten Wiedereinrichtung einer Evangelistenstelle hat die Synode leider nicht zugestimmt. Über den Vorschlag des Finanzausschusses, eine solche Beauftragung ohne eine Aufstockung des Stellenplans zu überprüfen, wurde nicht mehr abgestimmt.

- ***Synode fordert Mindestlohn***: Die Synode sprach sich (bei 14 Nein-Stimmen) für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro aus. Landesbischof Bedford-Strohm sprach vom sozialethischen Aspekt, dass ein Einzelner von seiner Hände Arbeit leben können müsse; seiner Erkenntnis nach würden durch einen maßvollen Mindestlohn keine Arbeitsplätze gefährdet – was von anderen Rednern bestritten wurde. Auch die Frage der Löhne, die in kirchlichen und diakonischen Einrichtungen gezahlt werden (können), wurde in der Diskussion angesprochen. ■

Kompromiss und Verhängnis – ein Rückblick

24-Jahre-Wanderung durch abgründige Landschaften der jüngeren evangelischen Kirchengeschichte Bayerns

Von Martin Pflaumer

1990, Bayreuth, Konstituierung der Landesssynode: Da sitze ich nun inmitten einer Hundertschaft honorabler Führungsgestalten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und soll auf Grund des überraschenden Wählerwillens irgendwie mit dazugehören, der ich als völliger kirchenpolitischer Seiteneinsteiger noch ein Jahr zuvor nicht wesentlich mehr von meiner Kirche wusste, als den Namen des gerade amtierenden Landesbischofs.

Dann kommt ***1991, Rosenheim***: Und ich erlebe mich im Auge des Orkans. Im sogenannten „Männerausschuss“ helfe ich in der Zuarbeit zur späteren hoch umstrittenen „Erklärung der Landessynode zum Schutz des ungeborenen Lebens“, melde mich in der Experten-Konsultation zu Wort und lande – völlig überfordert – im sechsköpfigen Formulierungsausschuss, der zwar nichts formuliert, aber immerhin in einem dramatischen Gesinnungswandel die Eckpunkte der sogenannten Rosenheimer Erklärung anpeilt, die dann schließlich u.a. jene hoch-anstößige Spitzenformulierung verpasst bekommt: „In Konfliktsituationen kann die letzte Entscheidung der betroffenen Frau von niemandem abgenommen werden; sie muss sie in ihrer Verantwortung vor Gott treffen.“ Man sollte wissen: Dieser Satz war zu jener Zeit schon als Kompromiss formuliert, von dem erwartet wurde, dass sich die ganze Synode mitsamt den anderen kirchenleitenden Organen darauf würde einlassen können. Im Vorentwurf hatte es nämlich noch unverstellt geheißen: „Abtreibung ist ethisch *verantwortbar*, wenn …“. Dennoch verweigern der Landesbischof, der Landeskirchenrat und eine große synodale Minderheit, der ich angehöre, der Erklärung ihre Zustimmung (39 von 94).

In der Folge stürzt die Landeskirche mit leidenschaftlichem Applaus einerseits und massiver Kritik andererseits in eine Zerreißprobe von bisher unbekannter Heftigkeit. Landesbischof Hanselmann schreibt über Wochen nächtelang Antwortbriefe und gibt den Appell heraus: „Wir bitten alle, die sich an der Diskussion über die Rosenheimer Erklärung beteiligen, aufeinander zuzugehen und sich um ein besseres gegenseitiges Verstehen zu bemühen.“

Dies wird in der nächsten Synodensitzung mit dem sogenannten „Kulmbacher Brief“ versucht, der gemeinsame Positionen, die es zweifelsfrei auch gab, unterstreicht. Da aber eine echte Sachdebatte klimatisch unmöglich geworden ist, verfehlt diese Initiative die beabsichtigte Wirkung. Der Riss bleibt.

Verschiedentlich gibt es Versuche, diesen in einer Kirche schwer erträglichen Zustand zu überwinden: Eingaben an die Synode auf Rücknahme oder auf Überarbeitung der Rosenheimer Erklärung, auch ihre konsensfähige Interpretation, nachdem sich 10 Jahre nach Rosenheim eine Gruppe aus Befürwortern und Gegnern jener Erklärung in ihrem Erlanger Gespräch (7. Juli 2001) auf ein gemeinsames Verständnis einigen. Aber die Synode lässt in ihrer herrschenden Mehrheit keine positive Befassung mit ihrer „Erklärung zum Schutz des ungeborenen Lebens“ mehr zu – bis heute.

Der Ruhestandsoberkirchenrat Dr. Rupprecht, Coburg, hatte es im Mai 1991 auf den Punkt gebracht: „Mutige Synode? – Ich kann es immer noch nicht fassen, dass die Synode unserer Evangelisch-Lutherischen Kirche bei ihrer Erklärung zum Schutz des ungeborenen Lebens zwei Dinge so durcheinander gebracht und mit einander vermengt hat: Orientierungshilfen für Christen in der notvollen Frage eines Schwangerschaftsabbruchs und Vorschläge für die anstehende neue Rechtssetzung…“

Und schon vor Rosenheim hatte ABC-Sprecher Dr. Wolfhart Schlichting, in die öffentliche Debatte eingeworfen: „Es ist der Kirche nicht erlaubt, ihren prophetischen Auftrag zurückzugeben, nach dem sie Gottes Gebote in die Gewissen rufen soll, und statt dessen Kompromisse zu erwägen, die sich politisch durchsetzen lassen.“ An dieser Fehleinschätzung von göttlichem Wesen und Auftrag der Kirche leidet die ethische Urteilsbildung der evangelischen Kirche bis heute, wie sich wie folgt aufzeigen lässt.

1993, Fürth: Mit ihrer „Stellungnahme“ zu „Fragen der Homosexualität“ reagiert die Landessynode auf „eine Reihe von Anträgen und Eingaben“, die „in den letzten Jahren“ eingegangen sind. Mit dem dafür angewandten Verfahren zur Wortfindung soll eine Konfrontation wie bei der Rosenheimer Erklärung vermieden werden. Der Rahmen für Beratung und Entscheidung der Synode wird dadurch von vornherein auf Zustimmung festgezurrt.

„Die biblischen Aussagen zum Thema Homosexualität wurden zutreffend und vollständig angeführt. Im Ergebnis wurde richtig die durchgehende Ablehnung gleichgeschlechtlichen Verkehrs festgestellt. Der ganze weitere Text diente allerdings zu nichts anderem, als diesen übereinstimmenden und eindeutigen Befund des Schriftzeugnisses und seine heilsentscheidende Bedeutung aufzulösen und zu verwischen.“ … „Wer darf solche göttliche Vollmacht ‚ich aber sage euch …‘ beanspruchen? Woher kommt die neue Offenbarung, dass sich der Maßstab für das Gericht Gottes geändert habe? Die hier vertretene Auffassung ist als ‚Antinomismus‘ bzw. als ‚Situationsethik‘ zu bezeichnen. Dabei wird das Gesetz aus der Offenbarung der Schrift ersetzt durch Gesetze aus den Forderungen der Zeit, der Geschichte und des Menschen. Damit folgt man dem Ansatz ‚Volksnomostheologie‘ der ‚Deutschen Christen‘“, so reagiert Professor Reinhard Slenczka in seinem „Evangelischen Einspruch“ vom Bußtag 1993 auf die Fürther Erklärung.

Ein Zweites ist festzuhalten: Um das Fiasko von Rosenheim nicht in Fürth und dessen Folgezeit erneut erleiden zu müssen, verfolgt die Prozesssteuerung die Strategie des „Differenzierenden Konsenses“, indem man sorgfältig die vorhandenen theologischen Positionen abfragt und beide zu Wort kommen lässt. Das dient tatsächlich vordergründig dem kirchlichen Frieden. Bezeichnenderweise aber führt es in der Folgezeit dazu, dass immer, wenn man die Fürther Erklärung zur Beantwortung aufgetretener strittiger Fragen braucht, die liberale Position als

Regelungsnorm angewandt wird – und diese meist in extrem grenzwertiger und öfter auch grenzüberschreitender Interpretation. Damit hat sich die schon in der Fürther Debatte geäußerte Einschätzung als realistisch erwiesen, dass die Methode des „Differenzierenden Konsenses“ dem Gesetz der slippery soap unterliegt, das heißt, dass er weniger geeignet ist, dem Erwartungsdruck einer säkularen öffentlichen Meinung zu widerstehen als eine klare Normsetzung nach dem Befund der Schrift.

Aus solchen und ähnlichen Erwägungen enthalte ich mich bei der Abstimmung über die Fürther Erklärung – trotz mancher Sympathien da und dort (3 Nein, 3 Enth.).

2002, Bayreuth: Ein Nürnberger Pfarrer propagiert seit Jahrzehnten unbeschadet eine Reich-Gottes-Jetzt-Lehre. Danach sei die Verwirklichung des Reiches Gottes völlig in unsere Hände gelegt. Wir hätten zu erwirken, was Jesus angestrebt habe, und zwar durch einen konsequenten Lebensstil. Grundlage dafür sei die winzige Sammlung von Jesusworten der Bibel, die wegen der behaupteten Authentizität allein Gültigkeit zu beanspruchen hätte. Askese auch in dieser Hinsicht!

Die für das Personal zuständige theologische Referentin des LKR erklärt öffentlich diese Lehre als „Irrlehre“, begegnet aber der Erwartung des ABC, dass Irrlehre in den Reihen der Kirche personelle Konsequenzen zu zeitigen hätte, mit der von Juristen beigesteuerten Abwehr, dass Lehrzuchtverfahren heute rechtlich nicht unbeschadet durchzustehen seien. So darf sich Irrlehre im Milieu einer nicht kleinen Anhängerschaft im Schoss der Kirche unbehindert einnisten. Mit den „Nachrichten“ als dem publizistischen Organ der ELKB erhält sie sogar inzwischen in einer Abhandlungsreihe eines Berliner Theologen („Notwendige Abschiede“) die höchste literarische Bühne der Kirche, und dies für bekenntniswidrige ketzerische Theorien! Eine Korrektur ist nicht zu erkennen.

2003, Bad Reichenhall: Inzwischen ist vor dem Hintergrund der staatlichen Einführung des Rechtsinstituts der „Eingetragenen Partnerschaft“ für gleichgeschlechtlich lebende Paare die Frage nach dem kirchlichen Segen virulent geworden. Agendarische Entwürfe kommen in Umlauf, da und dort gibt es – versteckt oder demonstrativ – eine entsprechende Paar-Segnungspraxis. Es besteht Klärungsbedarf.

Auf dem zweijährigen Weg zu einem Wort der Kirche verdichtet sich auf Grund der Lobbyarbeit interessierter Verbände der Eindruck der Unumgänglichkeit von gottesdienstlichen Segenshandlungen. Wenn es dann doch – offiziell jedenfalls – lediglich bei der Bestätigung der Aussagen der Fürther Erklärung bleibt, also dabei, dass selbst bei liberalem Verständnis der Raum für Segenshandlungen begrenzt bleiben müsse auf die „seelsorgerliche Begleitung“, hat das gewiss mit jenen 100 Gremienbeschlüssen (davon 52 von Kirchenvorständen) zu tun, die zwischenzeitlich als Schutzmaßnahme vor einer zu erwartenden kirchenleitenden Fehlentscheidung getroffen worden sind. Diese Gremienbeschlüsse richteten sich dezidiert gegen die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare im Zuständigkeitsbereich ihrer Gemeinde bzw. Gemeinschaft. Übrigens: Diese Welle von Bekundungen war vom ABC angeregt worden.

2008, Straubing: Mein Antrag auf „Klärung von Vorrangigkeiten und Nachrangigkeiten für konsensfähige Gestaltung kirchlicher Arbeit“ – eine Forderung, die der Finanzreferent in seinen Haushaltsreden seit 1996 fast jährlich als dringlich angemahnt hat, wird von der Synode mehrheitlich angenommen. Umgesetzt ist er bis heute allerdings nicht.

2012, Augsburg: Nach heftigen Debatten kommt es zur Annahme des Pfarrerdienstrechts der EKD durch die bayerische Landessynode und damit zur Gestattung des Zusammenlebens gleichgeschlechtlicher Paare im Pfarrhaus, lediglich verknüpft mit einem Vetorecht für evtl. betroffene Gemeinden. Ein Antrag, der auf Kontinuität mit der bisherigen Rechtssetzung und mit der weltweiten Ökumene abzielt, wird unter Verkennung der eigentlichen Aussageabsicht unbeanstandet mit zynischen Kommentaren quittiert (siehe ABC-Nachrichten 2.2012, S. 26ff.)

2013, Nürnberg: Wie es sich ergibt, hat sich die Frühjahrssynode mit ihrem Themenschwerpunkt „Gottesdienst“ mit heiklen aktuellen gottesdienstlichen Vorgängen zu befassen, mit der Kanzelrede eines Imam in einem Münchner Hauptgottesdienst mit Hl. Abendmahl und mit der geistlichen Assistenz bei der Einsegnung eines Pfarrers durch einen muslimischen Religionslehrer in Schwabach.
Was die Mitwirkung von Nichtchristen bei Installationen betrifft, verständigt sich die Synode auf eine Regelung, dass dies auch weiterhin möglich sein solle – sie geht damit über das Votum des Landeskirchenrates hinaus.

2013, Hannover: Unter dem Titel „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit – Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“ bringt der Rat der EKD eine – wie sich rasch zeigt – wenig Orientierung stiftende „Orientierungshilfe“ heraus. In gut postmoderner Normativität des Faktischen dürfen sich in diesem orange/rot-grün gecoverten Bändchen alle gesellschaftsweit vorfindbaren Lebensformen großer Wertschätzung kirchlicher Aufmerksamkeit erfreuen. Göttliche Weisungen zum Thema werden verschwiegen. Kirchenleitende (mit mutiger Ausnahme) begrüßen das Werk hoch engagiert zunächst. Nachdem im ganzen Land, und diesmal nicht nur von Bekenntnisgruppierungen, sondern auch über die säkularen Medien, von den ökumenischen Partnern und vom Kirchenvolk aus seiner volkskirchlichen Mitte heraus Unverständnis, Traurigkeit, Entsetzen sich vielfältig Luft verschaffen, scheint der Landeskirchenrat unserer Kirche zu einer differenzierten Bewertung

Etwas Positives?
Ja – die Synode singt.

bereit zu sein: Zu wenig Theologie! Zu wenig „Leitbild Ehe“. Der Forderung nach notwendiger Zurücknahme des Machwerks aber scheint niemand entsprechen zu wollen.

Im Blick: ***2017, Wittenberg***: Nach 24 Jahren Wanderung durch abgründige Landschaften der jüngeren evangelischen Kirchengeschichte frage ich mich: Was eigentlich will die lutherische Kirche in Deutschland im Jahr 2017 feiern? Ihre Reformationsunfreudigkeit? Ihre Trendigkeit? Ihre Staatsförmigkeit? Ihre bis zur Unkenntlichkeit getriebene Assimilation mit der Gesellschaft? Ihre fortschreitende Selbstsäkularisierung? Die Ignoranz von Eigenverstümmelungsphänomenen? Ihren missionarischen Burnout?

24 Jahre Wanderung: Gibt es nichts Positives zu berichten? Aber natürlich! Vieles! Vor allem die Menschen, diese kostbaren begabten, interessanten Menschen. Diese Hundertschaft honorabler Führungsgestalten der ELKB. Welch ein Potenzial!

Dann Gottes Wort, dieses Salz, dieses Licht, diese Kraft, uns anvertraut, uns zugemutet und im lutherischen Bekenntnis sorgsam gefiltert und leuchtend auf den Sockel gestellt. Dieser Schatz in irdenen Gefäßen!

Ja, das schon!

Aber alles ist verdorben, allein durch Sätze wie diesen: „Segnen sollen ‚in der Regel‘ Angehörige christlicher Kirchen“ – Kompromiss und Verhängnis zugleich! Was heißt hier ‚in der Regel‘? Jeder weiß, dass die Erlaubnis zur Ausnahme in jedem sich ergebenden Fall wahrgenommen werden wird, ausnahmslos. Ein Trend breitet sich aus.

„Neue Götter machen ist, wenn man neue Arten, neue Religionen erfindet, Gott zu dienen. Wer eine neue Lehre einführt, der führt einen neuen Gott ein, und verleugnet den alten, der vom Anfange gewesen ist. Das ist Abgötterei ....“ (Martin Luther 1527 zu 1. Johannes 2,13)

„Bewegt sich die evangelische Kirche auf Abgötterei zu?“ fragte Wolfhart Schlichting deshalb aus dem 1993 gegebenen Anlass. „Ihre fortschrittswilligen Führungskräfte verlangsamen zwar gelegentlich den Schritt und sehen sich um, ob die ein wenig beschränkten, aber im Grunde gutmütigen Konservativen und Evangelikalen nicht den Anschluss verlieren, schreiten aber doch zielstrebig voran.“

Wann wird das begriffen? Vielleicht im Spiegel der Reformation 2017?

Dann aber braucht‘s keiner Belehrungs-Stichelei mit dem Katholizismus, vor dem wir uns gegenwärtig nur schämen können. Es braucht der intelligenten Lehrauseinandersetzung mit den populären Entartungen des Neu-Barthianismus in den eigenen Reihen – so meine Einsichten als kirchenpolitischer Aussteiger nach 24 Jahren Wanderung durch die abgründigen Landschaften der jüngeren evangelischen Kirchengeschichte Bayerns. ■

Martin Pflaumer *gehört der Landessynode seit 1989 an, von 2003 bis 2009 war er Mitglied der Generalsynode der VELKD. Er kandidiert nicht erneut für die Synode.*

Wie politisch kann, wie politisch muss Kirche sein?

von Dr. Christian Herrmann

These 1
Politische Theologie im Sinne einer Politisierung aller kirchlichen Vollzüge führt zu einer Selbstsäkularisierung der Kirche. Die kirchliche Botschaft wird austauschbar und ununterscheidbar. Demgegenüber ist zu sagen: Nicht die Kirche oder das Christentum sollen weltlicher, sondern die Welt soll christlicher werden. Politische Bezüge entstehen primär aus dem Engagement von Christen in weltlich-politischen Ämtern, nicht durch kirchliches Handeln.

Manche Pfarrer und kirchenleitende Personen scheinen ganz genau zu wissen, was die richtigen Lösungen für tagespolitisch umstrittene Fragen sind. Oft sind es zeitlich und räumlich sehr begrenzte Projekte wie die Gestaltung eines Bahnhofs oder der Ausbau von Wasserwegen, an deren Akzeptanz oder Nichtakzeptanz schon fast das ewige Heil zu hängen scheint. Von der Kanzel herab werden nicht nur eindeutige Ratschläge für bestimmte Lösungsoptionen gegeben, sondern womöglich noch die Vertreter alternativer Optionen zu Feindbildern stilisiert. Statt die Versöhnung Gottes mit den Menschen zu vermitteln und dadurch die Versöhnung zwischen den Menschen zu erleichtern, wird polemisiert, Spaltung und Zwietracht gesät. Statt alle Menschen zur Buße zu rufen, geschieht einseitige Parteinahme. Kirche hat dann vielfach nichts anderes mehr zu sagen als die Medien, als der gesellschaftliche Mainstream.

Auf der anderen Seite ist auch klar – und in dieser Spannung bewegen wir uns: Die Gestaltungsräume des täglichen Lebens, die Freiräume für die Praktizierung und vor allem das öffentliche Bekenntnis des Glaubens und die Rahmenbedingungen für den Diskurs über ethische Werte und Normen hängen wesentlich von den politischen Konstellationen ab. Es ist sehr viel einfacher, biblische Inhalte zu bezeugen, wenn in der Rechtsordnung, aber auch im öffentlichen Meinungsklima oder bei führenden politischen Kräften Anknüpfungspunkte dafür vorhanden sind.

Ein spezielles Problem gerade des Pietismus und weiter Teile des freikirchlichen Spektrums war lange Zeit eine weitgehend unpolitische Haltung bzw. ein Quietismus, v.a. wegen der Angst vor einer Verweltlichung des Gemeindelebens, einer Politisierung der christlichen Botschaft und einer Absorbierung von Zeit, Gaben und Personen für Belange von sekundärer Bedeutung. Wie schon mehrmals in der Kirchengeschichte wird freilich in der Gegenwart offenkundig: Je kirchenfeindlicher, säkularer und indifferenter

das öffentlich-politische Klima wird, desto notwendiger ist es für Christen, sich in die Diskussionen einzubringen und weltliche Leitungsämter zu übernehmen. Auch wenn das nicht alle Christen tun können, sollten diejenigen, die es tun, zumindest die moralische Unterstützung durch die anderen erfahren.

These 2
Staat und Politik geht Wesentliches verloren, wenn sie verselbständigt und von Gott losgelöst werden. Allerdings setzt ihre Bezugnahme auf Gott bei der Schöpfung und Erhaltung an, nicht bei der Erlösung. Politik wird problematisch, wenn sie einen Beitrag zur Erlösung leisten will.

Eine andere Stoßrichtung als unter 1) skizziert, hat die politische oder öffentliche Theologie, wie sie von Theologen aus der Tradition Karl Barths vertreten wird, zu denen wohl auch der bayerische Landesbischof gehört. Allerdings sind zunächst einmal gemeinsame Anliegen lutherischer und barthianischer Theologie zu betonen. Allen Karikaturen zum Trotz ist es gerade nicht Anliegen der Zwei-Reiche-Lehre Luthers, den Bereich der Politik oder der Wirtschaft als einen vom Anspruch und Wirken Gottes losgelösten Raum zu sehen und eine Eigengesetzlichkeit im Sinne völliger Isolation von Gott und Glaube zu vertreten. Auch nach Luthers Überzeugung sitzt Gott bei Politik und Wirtschaft im Regiment; auch Staat und Politik sehen sich einer externen Bezugsinstanz verantwortlich. Dieser theologische Zugriff auf Staat und Politik geschieht nun bei Barth durch Bezug auf die Christusoffenbarung, in der biblisch-reformatorischen und katholischen Tradition hingegen durch Rückbezug auf die Schöpfung bzw. besser: auf den Schöpfer.

Grundproblem bei Barth ist der Ausgangspunkt beim Evangelium, das stets zugleich als Gesetz auftritt. Evangelium meint hier nicht die je neu zuzusprechende frohe Botschaft von der Rettung aus dem Gericht Gottes um Christi willen, die im Glauben für den Einzelnen Wirksamkeit entfaltet. Vielmehr hält Barth eine individuelle Zueignung der Erlösung für nicht mehr notwendig, weil sie vorweg für alle geschehen ist. Nicht das „Für dich / für mich“ des Evangeliums ist Stoßrichtung kirchlichen Handelns, sondern die intellektuelle und vor allem ethische Beherzigung bzw. Umsetzung des Erlösungsgeschehens. Inhalt des gepredigten Evangeliums ist dann die Erlösungsbotschaft nicht als Zentrum, sondern eher als Sprungbrett, um von dort ethisch-politische Inhalte anzusprechen. Zielt lutherisch-reformatorische Theologie auf existenziellen Trost, auf Glaubens- und Heilsgewissheit ab, kommt der gehetzte und in Sünde verkrümmte Mensch durch die Begegnung mit dem Evangelium von Christus gerade zur Ruhe, ist das in der politischen Theologie Barths gerade nicht so: Das für die ganze Welt bereits Geschehene bleibt insofern unverfügbar, als es einer ständigen ethischen Konkretisierung bedarf. Diese bleibt unabgeschlossen und steht als Imperativ dem Menschen permanent vor Augen. Dabei werden die Möglichkeiten des Menschen sehr optimistisch gesehen; das Böse hat nur graduelle Bedeutung, ist ein schrittweise überwindbares Böses.

These 3
Die Kirche hat keinen unmittelbar politischen Auftrag. Sie muss sich nicht durch Politisierung erst relevant oder interessant machen. Allerdings hat die Verkündigung der unabhängig vom politischen Tagesgeschehen definierten und gültigen christlichen Botschaft indirekt Folgen für die Politik. Hierbei geht es um Gewissensschärfung, um einen Ruf zur Buße, um Rückruf zu dem ursprünglich von Gott Gemeinten und Eingesetzten. Veränderte Menschen betreiben eine veränderte Politik. Nicht die Institutionen und Ämter sind das Problem, sondern die in ihnen tätigen Personen.

Die Kirche bezieht ihre Inhalte nicht aus dem Tagesgeschehen, nicht aus dem Hier und Jetzt. Vielmehr hat umgekehrt der genuine Inhalt der christlichen Botschaft und des kirchlichen Tuns Relevanz für die Welt in allen ihren Bezügen, also auch für die Politik. Was christlich ist, steht mit dem Wirken Gottes als Schöpfer und Erlöser, steht mit seiner Selbst-Offenbarung in seinem Wort fest und zwar zunächst unabhängig davon, was die Menschen davon halten, wie kompatibel das mit dem zufällig gerade von der Mehrheit der Bevölkerung Praktizierten ist. Die Kirche muss sich und ihre Botschaft nicht durch eigene Politisierung erst relevant oder interessant machen; vielmehr leistet sie durch Wahrnehmung ihrer zunächst nicht unmittelbar politischen, sondern genuin kirchlichen Aufgaben einen unschätzbaren Beitrag auch zur Politik.

These 4
Christliche Politik ist möglich und nötig, nicht aber politisches Christentum. Dies hängt mit der Unterscheidung von Gesetz und Evangelium zusammen. Politisches Christentum zieht das Evangelium in den Wirkbereich des Gesetzes hinein, kann nicht mehr trösten, retten, befreien. Christliche Politik hingegen beschränkt sich auf die neue Begründung und Motivation des Tuns des Gesetzes, belässt das Evangelium aber als Inhalt der Verkündigung.

Die Kirche und ihre Amtsträger im Vollzug ihres kirchlichen Dienstes haben ihre Aufgabe darin, durch Vermittlung der biblischen Botschaft zur Formung des Verantwortungsgefühls, der inhaltlichen Bindung und existenziellen Wirksamkeit des Gewissens beizutragen. Dabei ist im Gegensatz zu Karl Barth auf die Unterscheidung von Gesetz und Evangelium zu achten. Die Botschaft der christlichen Predigt bleibt primär eine tröstende, zielt auf Sündenvergebung, Freispruch, auf das Zur-Ruhe-Kommen bei Gott ab. Erst dann geht es, und das auch mehr in der Seelsorge und Katechese, um Einweisung in das christliche Leben, um ein – allerdings befreites – Leben nach den Maßstäben des Gesetzes Gottes.

These 5
Aus der christlichen Botschaft lassen sich keine Vorgaben für die Entscheidung aller tagespolitischen Detailfragen ableiten. Vielmehr geht es um Grundhaltungen, grundlegende Orientierungen und Werte. Allerdings gibt es Fragen, bei denen diese christlichen Werte unmittelbarer betroffen sind (z.B. Abtreibung) als andere, bei denen sie nur unter Zwischenschaltung weiterer Voraussetzungen und Folgerungen relevant werden (z.B. große Bauprojekte).

Die Kirche kann keinen sinnvollen Beitrag zur unmittelbaren Klärung tagespolitischer Streitfragen leisten. Sehr wohl aber hat

jemand, der sich an der authentischen Botschaft der Bibel orientiert, einen Kompass, der zur Klärung tagespolitischer Streitfragen beiträgt. Christliche Politik ist primär Politik christlicher Personen, nicht Schaffung christlicher Strukturen. Veränderte Menschen betreiben eine veränderte Politik, gestalten die Strukturen im ständigen Rückbezug auf die Grundintention weiter.

Christliche Politik zielt im Übrigen nicht auf eine Überordnung der Kirche oder kirchlicher Amtsträger über den Staat ab. Weder geht es um einen Kirchenstaat noch um eine Staatskirche oder um einen Klerikalismus. Vielmehr wirkt ein theozentrischer Ansatz, der in Wechselwirkung mit dem Schriftprinzip steht, als Bußruf und Orientierung sowohl für Staat, Kirche als auch Individuum.

Dr. Christian Herrmann *hielt den Hauptvortrag beim Studientag des ABC zum Thema „Kirche und Politik“.*

These 6
Der Ausgangspunkt bei Gott und bei der Bibel bedingen einander. Gemeint ist: Begründung und Definition der Inhalte geschehen von Gott her (Beispiel: Gott ist Liebe; nicht: Liebe ist Gott). Die Bibel zeigt auf, wie die von Gott eingesetzten Strukturen ursprünglich gemeint waren. Die Bibel macht die Offenbarung Gottes in der Schöpfung eindeutig. Der Wechselbezug von Wort- und Schöpfungsoffenbarung macht rationale Argumentation möglich.

Die Begründung der Relevanz der Bibel für die Politik geschieht unvermeidlich zirkulär. Es gibt keine innerweltliche Instanz, von der her sachgemäß die Bedeutung der Bibel beurteilt werden könnte. Vielmehr begründet sich die Heilige Schrift durch Inhalt und Wirkung selbst. Texte wie Micha 6,8 („Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist und was der Herr von dir fordert, nämlich Gottes Wort halten und Liebe üben und demütig sein vor deinem Gott“) bieten sowohl Konkretionen als auch einen universalen Rahmen.

Ein Problem stellt die Pluralität divergierender Auslegungen der Bibel dar. Problematisch sind Modelle, bei denen eine mehrfache Reduktion stattfindet: Erst beschränkt man sich auf das Neue Testament, dann auf die Bergpredigt, dann auf den „Geist“ der Bergpredigt und einige wenige Verse daraus, die als Kronzeugen für die eigene politische Position herhalten müssen. Oder man unterscheidet zwischen zeitlos gültigen und zeitbedingten Schichten der Bibel, wobei die Kriterien unklar bleiben.

So sehr Theozentrik und Schriftprinzip nicht identisch sind, so sehr sind sie aber auch nicht voneinander zu lösen. Der besondere Charakter der Bibel als Wort Gottes entsteht nicht erst durch einen historischen, philologischen oder inhaltlichen Vergleich, sondern vorweg als Qualität aufgrund göttlicher Offenbarung und Inspiration.

Schöpfungsoffenbarung und Wortoffenbarung stehen in einem Wechselbezug zueinander. Die Schöpfung ist zwar ein Fingerzeig auf Gott und seine Ordnungen (vgl. Römer 1-2), aber nicht eindeutig genug; sie kann missverstanden und missbraucht werden. Zu ihrer Vereindeutigung und Präzisierung ist die Bibel notwendig. Die Bibel zeigt auf, wie die Strukturen ursprünglich gemeint waren. Sie macht eindeutig, dass sie von Gott eingesetzt wurden und nicht einfach variabel den Zeitumständen entsprechend anpassbar, d.h. relativierbar sind.

These 7
Von Gott statt vom Menschen auszugehen schafft klare Urteilskriterien. Ohne eine Bezugsinstanz, die den Begrenzungen und Ambivalenzen des Relativen, Kreatürlichen entnommen ist, werden leicht Einzelsegmente der Gesamtwirklichkeit in ihrer Bedeutung überdehnt und Einzel- oder Gruppeninteressen über das Gemeinwohl gestellt bzw. mit diesem identifiziert. Die auf Gott zentrierte Botschaft der Kirche hat insofern eine heilsame Wirkung für die Gesellschaft.

Ein wesentliches Problem der politischen Theologie besteht darin, dass sie zwar zur ständigen Veränderung aufruft und einen Aktionismus und Moralismus entfaltet, dabei aber meist unklar bleibt, wie man theologisch verantwortet zu bestimmten Urteilen, Zielsetzungen, und Forderungen kommt. Woher weiß man denn so genau was gut und böse ist? Dagegen ist es durch einen theozentrischen Ansatz, also einen konsequenten Ausgangspunkt bei Gott möglich, die jeweiligen, zufälligen, individuellen Situationen und Konstellationen auf einen größeren Zusammenhang zu beziehen. Das Relative bleibt dann relativ und wird nicht verabsolutiert, ebenso wenig wie Einzel- oder Gruppeninteressen.

Der theozentrische Ansatz hilft auch angesichts der Fülle politischer Fachbegriffe und Schlagwörter, die von nahezu allen politischen Gruppierungen als Proprium beansprucht, aber jeweils anders gefüllt werden. Beispiele sind Begriffe wie „Mitte“, „Menschenwürde“, „Freiheit“ oder „Gerechtigkeit“, deren Definitionen von den jeweiligen Denkvoraussetzungen abhängen. Theozentrik heißt Ideologiekritik, weil der Bezug auf Gott das System an Voraussetzungen und inhaltlichen Füllungen in ein übergeordnetes und umfassendes Koordinatensystem einordnet und qualitative, absolute Urteilskriterien einbringt.

These 8
Der Ausgangspunkt bei Gott statt beim Menschen macht es möglich, mit Unterschieden zwischen Menschen und mit den infolge des Sündenfalls sehr begrenzten Fähigkeiten umzugehen. Politische Theologien schaffen dagegen einheitliche Schemata, denen entsprochen werden muss, und Feindbilder all derer, die nicht in das Schema passen.

Ein weiteres Problem der politischen, öffentlichen Theologie besteht darin, dass sie oft

zu einfache Antworten auf zu komplexe Fragestellungen gibt und sich in Begründung und Zielsetzung mit säkularen Politik-Ansätzen verbindet. Daher pflegen politische Theologen häufig auch Feindbilder. Demgegenüber schafft der Ausgangspunkt bei Gott Einheit innerhalb der Vielfalt. Betreibt der Mensch eine Selbstunterscheidung, tritt er sozusagen einen Schritt zurück und sieht sich von Gott her, so wird der Blick frei auf die anderen Menschen als ebenso wie man selbst auf Gott bezogene, von Gott her definierte Personen. Dann ist der andere nicht primär Konkurrent, wird nicht zuerst von seinen Möglichkeiten, Vor- oder Nachteilen für den Betrachter her gesehen, sondern als genauso von Gott geliebt und beansprucht wie man selber auch. Die Grundunterscheidung, sozusagen die Grundkonkurrenz zwischen Gott und Mensch führt zu einer Einheitsperspektive der Menschen untereinander, zu einer Entlastung. Unterschiede können positiv gewürdigt werden, statt sie als Bedrohung zu empfinden. Weil in Gott das Kontinuum liegt, müssen nicht Idealbilder davon, wie ein Mensch zu sein hat oder was der Mensch zu tun hat, um erst Mensch zu werden, definiert werden.

Erst der theologische Zugriff von der Gottesbeziehung her kann auch in angemessener Weise eine Diskontinuität anderer Art angemessen in Rechnung stellen, nämlich das Gefallensein des Menschen und der Schöpfung. Der Sündenfall hat dabei nicht nur quantitativ die ethischen Möglichkeiten graduell mindernde, sondern qualitativ-ganzheitliche Auswirkungen. Christliche politische Ethik kann daher Utopie, Zukunftsbezug nur in Gestalt der Buße, des Rückbezugs auf Gott und seine Institutionen und erst von daher vermittelt als begrenzt mögliche Gestaltung entwickeln. Die Verantwortung der Kirche für die Politik besteht gerade nicht darin, säkulare Utopien zu bestätigen, sondern sie kritisch mit dem tatsächlichen heilsgeschichtlichen Wirken Gottes zu konfrontieren.

These 9
Politische Theologien nehmen die Menschen in ihrem Hier und Jetzt und in ihren konkreten Bedürfnissen nicht ernst. Sie entwerfen die Eigentlichkeit des Menschseins in die Zukunft. Dagegen setzt biblisches Denken beim Empfangen, bei der Gabe, bei dem setzenden Akt Gottes an.

Woran lässt sich die Identität des Menschen festmachen? Die beiden Antworttypen entsprechen dem Gegensatz von schöpfungstheologischem Zugriff und Prozessdenken. Entweder empfängt sich der Mensch sozusagen, sieht sich definiert aufgrund einer Gabe, einer Wirkung von außen, ist Mensch von vorneherein. Oder das Menschsein des Menschen wird als Aufgabe, als Prozess betrachtet, als Ziel einer u.U. nie völlig abgeschlossenen Entwicklung. Im ersten Fall besteht ein qualitativ-ganzheitliches Verständnis des Menschseins: der Mensch ist bereits in seinem bloßen Dasein unabhängig von allem Sosein, von allen spezifischen Unterschieden, geschichtlichen bzw. biographischen Entwicklungen und Kontexten im vollen Sinne Mensch. Er verfügt als solcher über Menschenwürde im Sinne von „Anspruch auf Achtung“ (Wilfried Härle). Mensch und Person sind im schöpfungstheologischen Ansatz identisch. Das hat z.B. im Bereich des Lebensschutzes die absolute Unverfügbarkeit jedes menschlichen Lebens für andere Menschen zur Konsequenz: Das Dass des Lebens des Einen (z.B. des Ungeborenen) kann nicht mit dem gewünschten oder befürchteten So des Lebens des anderen (z.B. Einschränkungen für die Eltern) oder mit dem zu erwartenden Leid z.B. infolge von Behinderungen verrechnet werden.

Der andere, anthropozentrische Ansatz entwirft die Eigentlichkeit des Menschen, das Menschsein des Menschen in eine Zielperspektive. Es wird ausdrücklich zwischen Mensch und Person unterschieden. Das Personsein definiert sich dann über graduell messbare, quantifizierbare, im Vergleich abwägbare Eigenschaften, z.B. Vernunftgebrauch, Sprachfähigkeit, Reflexionsfähigkeit im Hinblick auf das eigene Tun und die persönliche Zukunftsplanung. Der Akzent liegt nicht auf dem Sein, sondern auf dem Haben – nämlich von bestimmten Eigenschaften, Fähigkeiten, Lebensoptionen, die mehr oder weniger vorhanden sein können. Wenn die Menschenwürde am Sosein festgemacht wird und dieses von einer relativen zu einer absoluten Größe übersteigert wird, wird die Menschenwürde im Hinblick auf das Dasein notwendig problematisiert.

These 10
Die Unterscheidung von Innen- und Außenbereich des Lebens, von Glauben und Werken, von Gesetz und Evangelium verbindet eigenes Profil mit Toleranz nach außen. Politische Theologien treten dagegen notwendig mit einem moralistischen Pathos der Intoleranz auf, weil sie die genannten Unterscheidungen nicht kennen.

Luther unterscheidet zwischen dem Innen- und Außenbereich des Lebens. Der Glaube betrifft den Innenbereich. Er entsteht durch die Wirkmacht des Wortes Gottes und ist weder verfügbar noch berechenbar. Die entscheidende Wesensdimension des Glaubens liegt ja gerade in dem Vertrauensverhältnis gegenüber Gott (fiducia) – und das ist schwer kontrollier- oder messbar, v.a. nicht mit Gewalt herbeizuführen. Anders verhält es sich im Außenbereich. Hierzu zählen alle Dinge des äußerlich sichtbaren Lebensvollzugs, vor allem alle Gebiete, die von den die Mitmenschen betreffenden Geboten tangiert sind. Ihn selbst angehendes Leid und Unrecht sollte der Christ auf sich nehmen – bis hin zum Martyrium. Anders verhält es sich aber, wenn der Nächste, der andere von Unrecht heimgesucht wird. Um ihn zu schützen, ist ein Eingreifen des Einzelnen wie des Staates – vermittelt über die Amtsträger und Institutionen – notwendig.

In diesem Zusammenhang ist eine weitere Begründung für die Kompatibilität von christlicher Ethik und Toleranz zu nennen: die Verknüpfung von erstem Gebot und Universalität. Die Abstraktion von Gott, die Negation einer Verantwortung vor Gott führt notwendig zu einer Überhöhung partikularer bzw. relativer Wirklichkeitssegmente. Die Bezugsinstanzen werden dann subjektiv aus innerweltlichen Wahrnehmungsinhalten gewonnen und womöglich transzendiert. Der Ausgangspunkt bei Gott erlaubt es dagegen, dem anderen viel toleranter zu begegnen, als dann, wenn man einen rein innerweltlichen Ansatz hat. ■

„Öffentliche Theologie" und Auftrag der Kirche

Von Hans-Hermann Münch

Im Rahmen des ABC-Studientags Kirche und Politik am 22. Juni hielt Pfarrer Hans-Hermann Münch (Weißenstadt/Oberfranken) einen Kurzvortrag, in dem er sich kritisch mit dem Konzept der „Öffentlichen Theologie" auseinandersetzte, wie es von Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm vertreten wird. Alle Zitate des Landesbischofs, die in der hier bearbeiteten Version enthalten sind, stammen von der Internet-Seite der Landeskirche (www.bayern-evangelisch.de), die Hervorhebungen im Text vom Verfasser.

Die Programmatik: Vorrang der Weltgestaltung

Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts sorgte die ökumenische „Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" für Aufsehen, die 1990 in Seoul (Südkorea) stattfand. Die dort verabschiedeten „Zehn Grundüberzeugungen" rückten sozialethische Forderungen in den Mittelpunkt kirchlichen Handelns. In den 1990er Jahren gab es manche Auseinandersetzung um den so genannten „Konziliaren Prozess" – mit diesem Begriff pflegt man bis heute die Anliegen der Weltversammlung von Seoul zusammenzufassen.

Mit Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm wurde ein ausgewiesener Fachmann für Sozialethik zum Landesbischof gewählt. Dass er sich die Ziele und Anliegen des „Konziliaren Prozesses" zu eigen gemacht hat, wurde bereits in seiner Abschiedsvorlesung an der Universität Bamberg im Juli 2011 deutlich: *„Nicht nur die Kirche wird als der Raum gesehen, in dem Gott handelt, sondern die Welt als Ganze mit all ihren Lebensbereichen. Kirche muss daher immer Kirche für die Welt sein und darf sich nicht hinter ihre eigenen Mauern zurückziehen und primär mit sich selbst beschäftigen. Das ist der tiefe Sinn jener bemerkenswerten Passagen in Dietrich Bonhoeffers Ethik, die sein Verständnis von Wirklichkeit beschreiben: »Die Wirklichkeit Gottes erschließt sich nicht anders als indem sie mich ganz in die Weltwirklichkeit hineinstellt, die Weltwirklichkeit aber finde ich immer schon getragen, angenommen, versöhnt in der Wirklichkeit Gottes vor. Das ist das Geheimnis der Offenbarung Gottes in dem Menschen Jesus Christus« (D. Bonhoeffer, Ethik, S. 40). Öffentliche Theologie und Weltflucht sind unvereinbar. Das solchermaßen theologisch gegründete Sich-Einlassen auf die Weltwirklichkeit impliziert eine bewusste Bejahung von Öffentlichkeit und den darin sich vollziehenden demokratischen Willensbildungsprozessen. Öffentliche Theologie hat damit eine klare Affinität zur Demokratie als Staatsform und den damit verbundenen partizipatorischen Möglichkeiten. Der* ***Raum der Öffentlichkeit*** *ist also allein schon deswegen* ***theologisch relevant****, weil er* ***für die Weltgestaltung von zentraler Bedeutung*** *ist, weil sich in ihm entscheidet, ob* ***Armut beseitigt, Gewalt überwunden*** *und die* ***Zerstörung der Natur gestoppt*** *wird."*

‚Öffentlichkeit' meint hier durchaus die gesellschaftspolitische Öffentlichkeit; als ‚theologisch relevant' betrachtet der Landesbischof, was für die Weltgestaltung bedeutsam ist – und diese besteht vor allem in der Beseitigung von Armut, der Überwindung von Gewalt und der Beendigung der Zerstörung der Natur. Der „Konziliare Prozess" ist damit endgültig auf der Agenda der Kirchenleitung angekommen.

Interessant ist dabei, dass das Handeln der Kirche nicht mehr in erster Linie auf den Ruf zum Glauben zielt, sondern neue Inhalte erhält: *„Wenn die Kirche Zeugin des Reiches Gottes und Botschafterin von Gottes Versöhnung in der Weltwirklichkeit sein will, dann muss sie sich auf die öffentlichen Debatten und die darin gepflegte säkulare Sprache einlassen. Sie muss daher eine ‚Zweisprachigkeit' entwickeln, die es ihr ermöglicht, sowohl theologische Gesichtspunkte in den öffentlichen Diskurs einzubringen als auch in der Sprache der säkularen Welt zu verdeutlichen, warum diese theologischen Gesichtspunkte in ihren grundlegenden Orientierungen für alle Menschen guten Willens plausibel gemacht werden können".* – Es scheint so, als stehe nicht mehr das Wirken des Heiligen Geistes im Mittelpunkt, der *„durch das Evangelium und die Sakramente"* Glauben schenkt, *„wo und wann er will"* (Augsburger Bekenntnis, Artikel 5); als neues Ziel wird ausgegeben, grundlegende Orientierungen plausibel zu machen – Orientierungen, die im Zweifelsfall allen Menschen guten Willens vermittelbar sind.

Das Verständnis von Kirche, das diesem Denkmodell entspricht, sieht der Landesbischof genau in der Mitte zwischen zwei Positionierungen, die er vermeiden möchte. Die *„Kirche als Kontrastgesellschaft"* zu verstehen, die sich *„an den öffentlichen Diskursen pluralistischer Gesellschaften"* nicht beteiligt, sei ebenso wenig erstrebenswert wie das Verfolgen eines Modernisierungsansatzes, der es ablehnt, dass die Kirche sich in der Auseinandersetzung mit dem Denken der modernen Welt *„auf dogmatische Richtigkeiten [...] zurückziehen"* könne.

In diesem Sinne führt Bedford-Strohm aus: *„Der Ansatz der »Öffentlichen Kirche« [...]* ***verbindet, ein klares theologisches Profil, nämlich die Orientierung an Jesus Christus, wie er in den biblischen Texten bezeugt wird, mit dem Bemühen und der Fähigkeit, die damit verbundenen ethischen Orientierungen im Diskurs der pluralistischen Gesellschaft zu plausibilisieren"****.*

Ein klares theologische Profil, das aus der Orientierung an Jesus Christus folgt, wie die Bibel ihn bezeugt – dem kann man nur zustimmen. Entscheidend scheinen für den Landesbischof aber vor allem die *„damit verbundenen* ***ethischen*** *Orientierungen"* zu sein! – Dies ist aus reformatorischer Sicht eine Verkürzung: Der Jesus Christus, den

die Bibel bezeugt, ist für Christen sehr wohl Maßstab der ethischen Orientierung; solche Orientierung würde uns aber in Verzweiflung stürzen, wäre Christus nicht vor allem unser Retter, der für uns am Kreuz stirbt, um uns mit Gott zu versöhnen, um Vergebung unserer Schuld zu ermöglichen. – Eignet sich dieser Jesus Christus dazu, den Menschen *„im Diskurs der pluralistischen Gesellschaft"* plausibel gemacht zu werden?

Theologische Voraussetzungen

In Rahmen eines Vortrags, den Landesbischof Bedford-Strohm im Mai 2013 auf dem Hamburger Kirchentag gehalten hat („Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit". Ökumenische Sozialethik für das 21. Jahrhundert), macht er deutlich, worin eine entscheidende theologische Voraussetzung für den Ansatz der „öffentlichen Theologie" besteht: *Die* ***„Menschwerdung Gottes ist der tiefe theologische Grund dafür, dass wir heute sagen: Wer fromm ist, muss auch politisch sein.*** *Weil Gott in Christus Mensch geworden ist, sehen wir die Welt in all ihrer Gebrochenheit als gute Schöpfung Gottes. Den Menschen sehen wir als Gottes Bild.* ***Gott hat in Christus die Welt und den Menschen mit sich versöhnt – so heißt es in 2. Korinther 5,19. Und da steht das griechische Wort »ton kosmon«. Der ganze Kosmos ist versöhnt.*** *Deswegen konnte Dietrich Bonhoeffer sagen: »Die Wirklichkeit Gottes erschließt sich nicht anders als indem sie mich ganz in die Weltwirklichkeit hineinstellt« (D. Bonhoeffer, Ethik, S. 40, S. 52f).« Denn:* ***»Es gibt kein Stück Welt und sei es noch so verloren, noch so gottlos,«*** *sagt Bonhoeffer,* ***»das nicht in Jesus Christus von Gott angenommen, mit Gott versöhnt wäre«****".*

Hier gilt es zu bedenken: Die Welt ***ist*** Gottes gute Schöpfung; wenn wir den Blick auf ihre Gebrochenheit richten, dann erleben wir sie vor allem als ***gefallene*** Schöpfung. Durch das Kreuz Christi ***hat*** Gott die Welt mit sich versöhnt; aus diesem Geschehen folgt allerdings ein in seiner Bedeutung kaum zu überschätzender Auftrag für die Kirche (2. Kor 5,19**+20): „Gott […] hat unter uns aufgerichtet das Wort von der Versöhnung. So sind wir nun Botschafter an Christi Statt, denn Gott ermahnt durch uns; so bitten wir nun an Christi statt: Lasst euch versöhnen mit Gott!"** – Dem Versöhnungshandeln Gottes in Christus entspricht das Wort von der Versöhnung; dieses Wort auszurichten bedeutet, zum Glauben an Jesus Christus zu rufen. Wenn Menschen durch die Kraft des Heiligen Geistes diesem Ruf folgen, dann wird die Versöhnung mit Gott durch Christus für sie konkret. In dieser Zeit gibt es keinen anderen Weg, die Versöhnung mit Gott in der gefallenen Schöpfung Gestalt gewinnen zu lassen.

Landesbischof Bedford-Strohm bewegt sich demgegenüber auf der Linie des „Konziliaren Prozesses"; er betont weniger die durch den Heiligen Geist geschenkte Gemeinschaft von Menschen, die durch den Glauben zum Leib Christi gehören, ihm geht es um das gemeinsame Suchen nach Lösungen für die Probleme unserer Zeit, bei der die Christen eine Verbundenheit „mit allen Menschen guten Willens" erlebten: *„Christinnen und Christen kennen keinen Zauberweg für die Lösung der Probleme, vor denen wir in unserer Zeit stehen. Aber sie können sich mit der Leidenschaft der Reich-Gottes-Sucher an der Diskussion um die richtigen Wege beteiligen. Ja, wenn sie ihr Christsein ernstnehmen wollen, müssen sie es. Weil es kein katholisches, evangelisches oder orthodoxes Reich Gottes gibt, kann die Suche nach solchen Wegen nur eine ökumenische sein. Und weil es um das Reich Gottes, also die* ***ganze*** *Welt geht, deswegen* ***sind wir in unserer Suche verbunden mit allen Menschen guten Willens, die sich für die Menschenwürde, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen****".* – Es stellt sich die Frage, ob diese Verbundenheit bestehen bleibt, wenn Christen in der Nachfolge Jesu zum Glauben an IHN rufen, wenn sie die „Menschen guten Willens" auffordern, den auferstandenen Gekreuzigten als ihren Herrn anzuerkennen, die Versöhnung mit Gott, die ihnen durch Christus angeboten wird, im Glauben für sich gelten zu lassen?

An dieser Stelle geht es dem Landesbischof weniger darum, was uns im Zweifelsfall von anderen Glaubensrichtungen trennt; im Blick auf die Motivation zu ethisch gutem Handeln seien strukturelle Gemeinsamkeiten wichtiger. So betont Bedford-Strohm im Rahmen seines Tutzinger Vortrags „Braucht die Zivilgesellschaft die Kirche?" (Januar 2012), dass die Bibel Handlungsanweisungen nicht moralistisch fordere, sondern werbend einsichtig mache, *„so dass die Angesprochenen den Inhalt tatsächlich einsehen und aus ihrem Inneren heraus wollen können.* ***Für diese innere Aneignung sind religiöse Traditionen nach wie vor von zentraler Bedeutung.*** *Deswegen behaupte ich:* ***Weil der Zusammenhang zwischen äußeren Werten oder Geboten und innerer Aneignung so entscheidend für eine Gesellschaft ist, deswegen braucht die Zivilgesellschaft die Kirche. Und wo andere Religionsgemeinschaften von ihren Quellen her einen ähnlichen Zusammenhang aufweisen, gilt das auch für sie****".*

Kritische Thesen

Den nun folgenden kritischen Thesen seien Sätze Dietrich Bonhoeffers aus seiner Abhandlung „Über die Möglichkeit des Wortes der Kirche an die Welt" vorangestellt: **„Das Wort der Kirche an die Welt kann kein anderes sein als das Wort Gottes an die Welt. Dieses heißt: Jesus Christus und das Heil in diesem Namen. […] Das Wort der Kirche an die Welt ist das Wort vom Kommen Gottes ins Fleisch, von der Liebe Gottes zur Welt in der Sendung seines Sohnes, vom Gericht Gottes über den Unglauben. Das Wort der Kirche ist der Ruf zur Umkehr, zum Glauben an Gottes Liebe in Christus, zum Sichbereiten auf die Wiederkunft Christi, auf das kommende Reich Gottes. Es ist also das Wort der Erlösung für alle Menschen"** (D. Bonhoeffer, Ethik, S. 358f).

These 1: Im Entwurf der „öffentlichen Theologie" wird die Versöhnung der Welt mit Gott in Christus so isoliert vorausgesetzt, dass der Ruf zum Glauben als Auftrag der Kirche nicht mehr von Bedeutung zu sein scheint! Demgegenüber gilt: Die Öffentlichkeit, die das Evangelium schafft, stellt jeden Menschen in die Verantwortung vor Gott und ruft zur Umkehr. Der primäre Auftrag der Kirche, der dieser Art von Öffentlichkeit

entspricht, ist – wie schon erwähnt, an Christi statt zu bitten: „Lasst euch versöhnen mit Gott"!

These 2: Das ‚klare theologische Profil' der „öffentlichen Kirche" – die ‚Orientierung an Jesus Christus' – meint in erster Linie eine Orientierung an den bei ihm erkennbaren ‚ethischen Orientierungen': Es besteht die Gefahr, dass Jesus hier zum reinen Vorbild-Christus wird! Im Blick auf den Auftrag der Kirche steht dann das Bemühen im Vordergrund, die genannten ‚ethischen Orientierungen' *„im Diskurs der pluralistischen Gesellschaft zu plausibilisieren"*. Demgegenüber ist zu sagen: Der Anbruch des Reiches Gottes hängt unmittelbar mit der Person Jesu Christi zusammen; neutestamentliche Ethik wird nicht im gesellschaftlichen Diskurs plausibilisiert: Ein durch die Liebe zum Nächsten geprägtes Leben ist dem auferstandenen Herrn geschuldet, den wir als wiederkommenden Weltenrichter erwarten: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan" (Matthäus 25,40)!

These 3: Der Ruf zum Schulterschluss mit allen Menschen guten Willens legt nahe, dass die „öffentliche Theologie" die Hauptaufgabe der Kirche darin sieht, Motivationsquelle zur ethischen Stabilisierung der Gesellschaft zu sein. Die politische Bedeutung des Evangeliums besteht dagegen vor allem darin, dass die christliche Gemeinde Jesus Christus als ‚den Herrn aller Herren' anbetet und im Kontext wechselnder weltlicher Herrscher und Trends ihm allein verpflichtet ist! Den „Namen, der über alle Namen ist" (Philipper 2,9), trägt Jesus nicht aufgrund seiner einzigartigen ethischen Überzeugungen, sondern aufgrund seines Gehorsams dem Vater gegenüber, der ihn um unserer Erlösung willen bis ans Kreuz geführt hat – und „das Wort vom Kreuz" lässt sich nicht *‚im Diskurs der pluralistischen Gesellschaft […] plausibilisieren'*.

Anstelle eines Schlusswortes: „Man kann die Gerechtigkeit des Reiches Christi nicht anders „ausbreiten" als auf dem Wege einer umfassenden „Geburtshilfe" für die Wiedergeburt von Menschen. Damit ist freilich die Mitarbeit der Christen in der Erhaltungsordnung der Schöpfung nicht abgelehnt. Sie geschieht jedoch auf einer anderen Ebene als der durch die „Gerechtigkeit des Reiches Christi" angesprochenen." (*Klaus Bockmühl*: Leben nach dem Willen Gottes, Gießen 2006, S. 151) ■

Warum ich die Initiative „EINER VON UNS" unterstütze

Von Hans-Joachim Vieweger

Wenn ethisch sensible Fragen in den vergangenen Jahren im Bundestag behandelt wurden, sprachen Beobachter häufig von Sternstunden des Parlaments. Ich denke an die Debatte um vorgeburtliche Diagnostik (PND), in der der querschnittsgelähmte Linken-Politiker Ilja Seifert mit bewegenden Worten vor den Auswirkungen auf Behinderte in der Gesellschaft warnte: Niemand bestreite, dass ein Leben mit schweren Beeinträchtigungen nicht sonderlich wünschens- oder gar erstrebenswert sei. Aber: „Wer ein solches Leben hat, für die- oder

EINER VON UNS
WWW.1-VON-UNS.DE

denjenigen gibt es nichts Wichtigeres: Es ist nämlich das einzige."

Ebenso leidenschaftlich wurde im Bundestag über die Embryonenforschung debattiert. Einerseits werden damit große Hoffnungen verbunden: Hoffnungen auf die Linderung oder sogar Heilung von heute unheilbaren Krankheiten. Doch dem stehen schwerwiegende Bedenken gegenüber. Denn im Unterschied zur Forschung an adulten Stammzellen, die zum Beispiel aus dem Nabelschnurblut gewonnen werden, ist die embryonale Stammzellenforschung zwingend mit der Tötung des Embryos verbunden. Doch kann das sein: Dass der Mensch – und sei er noch so klein – als Mittel zum Zweck verwendet wird? Dabei ist längst medizinisch klar (und höchstrichterlich anerkannt!), dass mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle alle Voraussetzungen für einen eigenständigen Menschen vorhanden sind.

Der Embryo ist tatsächlich „EINER VON UNS". So lautet eine Initiative, die derzeit auf europäischer Ebene Unterschriften für ein Ende der staatlichen Förderung embryonaler Stammzellenforschung und von Klonversuchen sammelt. Wenn mindestens eine Million Menschen in mindestens sieben EU-Staaten mitmachen und bestimmte Quoren eingehalten werden, dann muss sich die EU-Kommission mit dem Thema beschäftigen.

Beendet werden sollen auch alle EU-Programme, die für Abtreibung als Mittel der Bevölkerungskontrolle und der Familienplanung werben, was häufig unter dem Begriff der „sexuellen und reproduktiven Gesundheit" im öffentlichen Gesundheitswesen und in der Entwicklungshilfe geschieht. Denn wenn der Embryo im Regenzglas schützenswert ist, dann ist es unglaubwürdig, den ungeborenen Kindern im Mutterleib in der zehnten oder zwölften Schwangerschaftswoche den Schutz und unser Engagement zu verweigern.

Wenn es uns ernst ist mit der Menschenwürde, die jedem zusteht, mit der Ehrfurcht vor dem Leben, dann dürfen wir diese Diskussion nicht scheuen. Die Initiative „EINER VON UNS" ist die Möglichkeit, dies nun auch auf europäischer Ebene anzugehen. Denjenigen, die sich angesichts der jüngsten Datenskandale scheuen, ihre persönlichen Daten anzugeben, sei gesagt: Ganz ohne (mögliche) Kosten, ganz ohne (mögliche) Risiken ist der Einsatz für den Lebensschutz nicht. Wagen wir es – lassen wir uns auf diese neue Möglichkeit des Bürgerengagements ein. Andere tun es schließlich auch. ■

… einfach vom Glauben reden
missio2013 – Impulstag für Mitarbeitende

Wann: 3. Oktober, 9.30 – 16.45 Uhr
Wo: Nürnberg, St. Sebald (und drum herum)

„Seid allezeit bereit zur Verantwortung vor jedermann, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist." Was im 1. Petrusbrief so selbstverständlich klingt, ist es heute überhaupt nicht mehr: Viele Christen tun sich schwer damit, in einfachen Worten über ihren Glauben zu sprechen. Dieses Thema steht daher im Mittelpunkt von „missio2013", dem mittlerweile dritten Impulstag für missionarisch-evangelistische Gemeindearbeit in der bayerischen Landeskirche.

Das Hauptreferat hält der anglikanische Bischof John Finney. Er war der erste Vorsitzende der „Dekade der Evangelisation", die 1988 von der Vollversammlung der anglikanischen Bischöfe ins Leben gerufen wurde. Mit seinem Buch „Wie Gemeinde über sich hinauswächst. Zukunftsfähig evangelisieren im 21. Jahrhundert" wurde er auch in Deutschland bekannt. Außerdem wird es zahlreiche Foren und Workshops geben, die dazu beitragen sollen, die Sprachfähigkeit im Glauben zu stärken. Mit dabei sind unter anderem Konrad Flämig (Landeskirchlicher Gemeinschaftsverband), Udo Hahn (Evangelische Akademie Tutzing) und Dekan Hermann Rummel (Wassertrüdingen). Zu den weiteren Angeboten zählen eine Materialbörse im Haus Eckstein sowie ein buntes Kinderprogramm (für Kinder ab Schulalter). Für die musikalische Gestaltung sorgen das Instrumental-Duo Helmut und Christine Kandert sowie der Gospelchor „Carolin and friends" aus Leutershausen. Ein Podiumsgespräch unter Leitung von ABC-Sprecher Hans-Joachim Vieweger sowie ein Gottesdienst unter der Leitung von Oberkirchenrat Michael Martin runden den Tag ab.

missio2013 findet am 3. Oktober (dem Tag der deutschen Einheit) in Nürnberg statt; alle kirchlich Mitarbeitenden und Interessierte sind herzlich eingeladen. Wer sich anmelden will, kann dies über das Amt für Gemeindedienst tun (Sperberstr. 70, 90461 Nürnberg, Tel. 0911-4316-280), am besten online über die Internetseite: www.missio2013.de. Zur Finanzierung wird mit der Anmeldung eine Spende von etwa 15 Euro pro Teilnehmer erbeten (Spendenkonto: Amt für Gemeindedienst, EKK Kassel, BLZ 520 604 10, Konto-Nr. 103 04 18, Stichwort: PR12810-EV02).

P.S. Wegen des Missio-Tags findet der nächste bayerische Christustag erst wieder am 3. Oktober 2014 statt; interessierte Gemeinden und Gemeinschaften können sich aber jetzt schon beim ABC melden (info@abc-bayern.de)

Aktuelles vom ABC

Im Februar hat sich der Arbeitskreis Bekennender Christen in Bayern (ABC) als eingetragener Verein gegründet – und das nach mehr als 20 Jahren inhaltlicher Arbeit. Damit ist auch schon gesagt: Inhaltlich soll sich nicht viel ändern, die Arbeit soll lediglich auf ein stabileres Fundament gestellt werden, insbesondere auch finanziell. So haben wir ein **neues Spendenkonto** (EKK Kassel, BLZ 520 604 10, Konto-Nr. 297 518).

Inzwischen wurde der **Vorstand neu gewählt**. 1. Vorsitzender bleibt Pfr. Till Roth (Redwitz a.d. Rodach), 2. Vorsitzender und Sprecher Hans-Joachim Vieweger (München), 3. Vorsitzender Martin Pflaumer (Pommelsbrunn); außerdem gehören dem Vorstand die Landessynodale Herta Küßwetter (Ehingen), Pfr. Dieter Kuller (Lebendige Gemeinde München), Pfr. Hans-Hermann Münch (Weißenstadt / Gesellschaft für innere und äußere Mission i.S. der luth. Kirche) und Andreas Späth (Windsbach, KSBB) an. Weitere Informationen, auch zum Selbstverständnis des ABC, sind unserer Internet-Seite www.abc-bayern.de zu entnehmen.

Unterstützen können Sie uns durch eine **Mitgliedschaft im Freundeskreis** des ABC. Sie helfen uns auch, wenn Sie diese ABC-Nachrichten an Interessierte weitergeben; geben Sie uns ggfs. Bescheid, wenn wir Ihnen weitere Exemplare zusenden können (Mail: info@abc-bayern.de bzw. Telefon 089 - 7000 9188).

Hans-Joachim Vieweger
2. Vorsitzender und Sprecher des ABC

*Hier die **Lösung des „Rätsels"** von Seite 2:*

Text 1 stammt von den Grünen, Text 2 von der SPD und Text 3 ist Teil des EKD-Papiers.
Dies nur als Hinweis, wie stark die parteipolitische Ausrichtung des EKD-Papiers ist.

Ich möchte den ABC unterstützen und trete dem ABC-Freundeskreis bei:

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

_____

Telefon _____

Email-Adresse _____
(wichtig, um aktuelle Informationen kostengünstig versenden zu können)

Ich bin bereit, den ABC ☐ *monatlich* ☐ *jährlich*

mit EUR _____ *zu fördern. (fakultativ)*

Meine/unsere Adresse hat sich geändert:

Name _____

Adresse _____

_____

Bitte senden Sie mir ____ *weitere Exemplare der ABC-Nachrichten.*

Ort, Datum _____ *2013*

_____
Unterschrift

„Am Anfang schuf Gott …“

Diese ersten Worte der Bibel sind der Schlüssel zum Verständnis der ganzen Heiligen Schrift. Sie besagen, dass der biblische Glauben von der Initiative Gottes lebt.

Gott steht „am Anfang“.

Ehe es Menschen gab, war Gott am Werk. Ehe sich der Mensch aufmacht, um nach Gott zu suchen, geht Gott ihm schon entgegen.

Die Bibel zeigt uns einen Gott, der schon lange die Initiative ergriffen hatte, bevor der Mensch nur daran dachte, sich ihm zuzuwenden.

Er legte seine Herrlichkeit ab und ging den Menschen zu suchen, bis er ihn finden würde – den Menschen, der im Dunkel seiner Sünde lebt.

John Stott (1921 – 2011),
Einführung in das Christentum

Impressum

Herausgeber
ABC - Arbeitskreis Bekennender Christen in Bayern www.abc-bayern.de

Verantwortlich Till Roth (1. Vorsitzender)
Rosenstraße 2, 96257 Redwitz a.d. Rodach,
Telefon 09574-4315

Redaktion Hans-Joachim Vieweger (2. Vors.)
Kleinhaderner Straße 30b, 80689 München
Telefon 089-7000 9188

Bankverbindung
Evangelische Kreditgenossenschaft
Konto 297 518 BLZ 520 604 10
Kennwort: ABC

Der ABC finanziert sich über Spenden und Beiträge seiner Mitgliedsgemeinschaften. Wir freuen uns über Ihre Unterstützung.

Foto: Fotolia